

**Wissenschaftszentrum
Nordrhein-Westfalen**

Institut Arbeit
und Technik



Kulturwissenschaftliches
Institut

**Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie**
GmbH

Peter Henricke (Hrsg.)

Wie kann geschehen, was geschehen muss?

Zur Umsetzung von Nachhaltigkeit

– Beiträge zu einem Symposium

WUPPERTAL SPEZIAL 28

NRW.

Peter Henricke (Hrsg.)

Wie kann geschehen, was geschehen muss?

Zur Umsetzung von Nachhaltigkeit –
Beiträge zu einem Symposium

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Zu den AutorInnen

Prof. Dr. Peter Hennicke

ist Präsident des Wuppertal Instituts für Klima,
Umwelt, Energie GmbH.

Prof. Dr. Jürgen Wittpoth

hält den Lehrstuhl für Erwachsenenbildung an
der Bergischen Universität Gesamthochschule
Wuppertal.

Prof. Dr. Gerhard Scherhorn

ist em. Professor für Konsumtheorie und
Verbraucherpolitik an der Universität Hohenheim,
Stuttgart, und Direktor der Arbeitsgruppe Neue
Wohlstandsmodelle am Wuppertal Institut.

Prof. Dr. Helge Majer

ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der
Universität Stuttgart.

Dipl. Psych. Micha Hilgers

ist Psychoanalytiker und praktiziert in Aachen.

Dr. Uta von Winterfeld

ist Politikwissenschaftlerin und Projektleiterin
in der Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle
am Wuppertal Institut.

Inhalt

| | |
|--|----|
| Einleitung | 7 |
| Peter Hennicke Forschende Ungeduld | 9 |
| Jürgen Wittpoth Was weiß die Erwachsenenbildung über die Veränderungsbereitschaft der Menschen? | 13 |
| Gerhard Scherhorn Was bewegt sich in den Wirtschaftswissenschaften? | 21 |
| Helge Majer Nachhaltigkeitsoffensive für die regionalen Unternehmen – der Ulmer Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung | 45 |
| Micha Hilgers Von den Chancen nachhaltiger Politik | 65 |
| Uta von Winterfeld Kleine Erzählung von der Schönheit der Natur | 75 |

Einleitung

Das Wuppertal Institut und Freundinnen und Freunde von Manfred Linz veranstalteten auf Anregung seiner Freunde, den Verfassungsrichtern a.D. Ernst Gottfried Mahrenholz und Helmut Simon im März 2002 ein Symposium zu den Aussichten von Nachhaltigkeit aus Anlass seines 75. Geburtstags. „Wie kann geschehen, was geschehen muss?“ – also: Wie lernen Gesellschaften? Was steht einem Wandel zur Zukunftsfähigkeit im Wege? Wie lässt er sich fördern? Das sind Fragen, um die sich Manfred Linz seit langem bemüht und die er in dem gleichnamigen Wuppertal Paper Nr. 111 behandelt hat. Fast alle Referenten haben ihre Beiträge schriftlich zur Verfügung gestellt; Gerhard Scherhorn, der aus Krankheitsgründen nicht referieren konnte, hat sein Thema nachträglich ausgearbeitet.

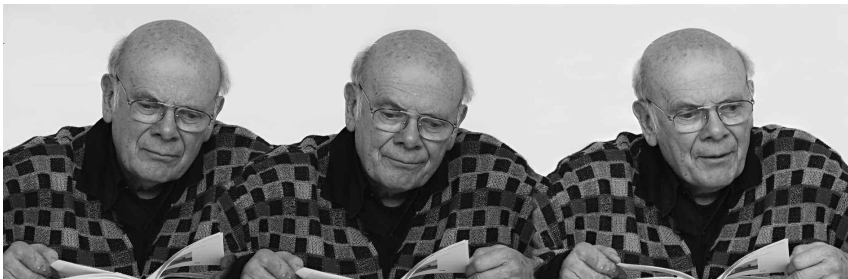
Das Symposium war mehr als ein wissenschaftlicher Diskurs, es wurde um kulturelle Elemente erweitert, schließlich ging es nicht nur um das Anliegen von Manfred Linz, sondern auch um seine Person. Der Beitrag von Uta von Winterfeld sowie die Fotos belegen dies. Allen Autoren und Mitwirkenden sei Dank.

Diese Publikation erscheint zweifach: gedruckt und als Internetpublikation. Denn die Anstöße, die die Beiträge enthalten, sollen ja möglichst viele Menschen erreichen.

Ermöglicht wurde das Symposium und die vorliegende Publikation durch die Vereinigung der Freunde des Wuppertal Instituts. Auch ihr sei Dank.

Dorle Riechert

Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion





Weggefährten, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde gratulieren Manfred Linz (Mitte, unten). Unter ihnen die Journalistin Carola Stern (Mitte rechts): Sie berichtet aus den Tagen gemeinsamen Engagements und fruchtbarer Auseinandersetzung.

Peter Hennicke

Forschende Ungeduld

„Wie kann geschehen, was geschehen muss?“ Das ist eine der Fragen, wie sie über dem Eingang zum Wuppertal Institut in Stein gemeißelt stehen könnte und wie sie nur Manfred Linz stellen kann.

Das „muss“ bedeutet für Manfred Linz eine durchaus rigorose und normative Konzeption von Nachhaltigkeit, aber er versteht dies nicht als apodiktische Zielvorgabe. Es ist das Ergebnis seiner jahrzehntelangen Arbeit als forschender und besorgter Journalist. Das schließt mit ein, dass darauf bestanden wird, dass die angewandte Nachhaltigkeitsforschung über die – durchaus widersprüchlichen – Ziele von Nachhaltigkeit mehr Klarheit schaffen muss. Das hängt auch mit der Frustration über die zunehmende Beliebigkeit der Appelle für Nachhaltigkeit zusammen. Zum so genannten „Drei-Säulen-Modell“ („Abwägung“ zwischen Ökologie, Ökonomie und Soziales) können sich heute in schöner Unverbindlichkeit Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Staaten und NGOs „bekennen“. Dem widerständigen Nachhaltigkeitskonzept droht dabei die Reformvision von einer mit weniger Ausbeutung von Menschen und Natur verbundenen Weltgesellschaft verloren zu gehen.

Im „Wie“ schwingt die forschende Ungeduld mit, die Manfred Linz' Arbeit auszeichnet und die ihn als Mahner für eine an Problemlösungen orientierte Wissenschaft am Wuppertal Institut so unverzichtbar gemacht hat. Es ist vor allem die Frage nach der Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Gerechtigkeit, der

Manfred Linz nachspürt und für die er gerade auch von der Wissenschaft eine Antwort erwartet.

Alle Beiträge des Symposiums sind dieser Verbindung – jeder auf seine Weise – nachgegangen. „Aufgeklärter Eigennutz“ hat Manfred Linz sein Verständnis zur Herstellung einer individuellen und nachhaltigen Zielkongruenz genannt. Im wohlverstandenen Eigeninteresse könne auch der „homo oeconomicus“ (soweit es diesen virtuellen Mitbürger der neoklassischen Ökonomie tatsächlich gibt), seinen individuellen Nutzen mit den gesamtgesellschaftlichen und Generationen übergreifenden Zielen von Nachhaltigkeit verbinden.

Jürgen Wittpoth begegnet dieser Vorstellung mit der nüchternen Skepsis der empirischen Sozialforschung. Seine Charakterisierung derer, die „es schaffen“ gipfelt in dem Bonmot: „Sie pflegen eine aristokratische Askese“. Als er Studierende danach befragte, ob sie dem Leitbild „Gut leben statt viel haben“ zustimmen würden, fanden diese übereinstimmend „Gut leben und viel haben“ attraktiver.

Ist das also der „Beweis“ dafür, dass die hedonistische Spaßgesellschaft doch gesiegt hat? Micha Hilgers sieht gestützt auf die jüngste Shell-Jugend-Studie eher einen neuen Trend der „Abkehr vom bisherigen Rückzug ins Private mit hedonistischen Zielen“ und eine „wachsende Bereitschaft, sich für nachvollziehbare soziale Ziele zu engagieren“. Micha Hilgers Argument gegen die Dominanz des neoklassischen homo oeconomicus ist so schlagend wie provozierend. Vor allem für diejenigen, die – ohne über die Ursachen nachzudenken – für den Terror des 11. September nur wohlfeile Abscheu oder Gegenaggression übrig haben: „Selbstmordanschläge und Terror führen uns vor Augen, was in allen Zeiten ein Gegengewicht zu hedonistischen, instrumentellen Bestrebungen der Gewinnmaximierung oder der Anhäufung materieller Güter war“. Denn die Anschläge seien „ein zwar menschenverachtender und grausamer, aber dennoch wirksamer Hinweis auf Verelendungsprozesse, die den internationalen Terror erst zu seiner gegenwärtigen Stärke führten“. Daher fordert Micha Hilgers mit ähnlicher Unerbittlichkeit wie Manfred Linz dazu auf, die „immense Bedeutung der Gerechtigkeitslücke“ im Diskurs um Nachhaltigkeit ernster zu nehmen: „Um diese Habenichtse und Ohnmächtigen hat sich die Umweltdebatte wenig gekümmert“.

Es rundet diesen kleinen Reader ab, wie Gerhard Scherhorn und Helge Majer

den sozialen und ökonomischen Dimension von Nachhaltigkeit auf den scheinbar unverbundenen Polen von (ökonomischer) Theorie und Praxis nachgehen. Helge Majer liefert ein Drehbuch für eine „Nachhaltigkeitsoffensive“ regionaler Unternehmen, dessen Präzision auf langjährige Erfahrungen mit angewandter Wissenschaft beruht. Für alle, die Agenda21-Prozesse mitgestalten oder ähnlich erfolgreiche „Nachhaltigkeitsoffensiven“ zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung wie in Ulm durchführen wollen, ist dies eine Pflichtlektüre. Beim Lesen dieser durchdachten Konzeption vergisst man fast, dass Helge Majer hier auch eine überzeugende Teilantwort auf das „Wie“ gibt: Ohne eine kluge Verbindung von kognitiven, situativen, emotionalen und institutionellen Faktoren ist die reale „Veränderungsbereitschaft“ von Menschen, nach der Jürgen Wittpoth zu Recht fragt, gering.

Um Veränderungsbereitschaft im Denken, insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften, geht es bei Gerhard Scherhorn. Für mich als Ökonom mit einer mindestens ebenso ausgeprägten Hassliebe zur Neoklassik wie Gerhard Scherhorn ist sein Beitrag zum Verhältnis von Natur, Kapital und Gemeinwohl besonders anregend; vielleicht auch deshalb, weil er in belesener und unkonventioneller Form über die Eingangsfrage nachdenkt, die die herrschende ökonomische Wissenschaft so nie stellen würde: „Wie kann geschehen was geschehen muss“? Gerhard Scherhorn zeigt, dass aus der Annahme, dass der Eigennutz der universelle Bewegungsgrund allen Handelns sei, das „Was“ bereits aus dem Blickfeld gerät: Es handelt sich dabei definitionsgemäß nicht mehr um den dringend notwendigen kooperativen Schutz der Gemeinschaftsgüter („Global commons“ wie z.B. Natur und Klima), sondern um die idealtypische Herstellung eines gesamtwirtschaftlichen Optimums durch konkurrierende Nutzen- und Gewinnmaximierer. Helge Majers Praxisbeispiel ist der empirische Gegenbeweis für die Existenz verantwortlichen kooperativen Handelns, das auch für Gerhard Scherhorn zentral ist: „Kooperatives Handeln wird durch Situationsbedingungen gestärkt, die Verantwortlichkeit herstellen“. „Verantwortlichkeit“ („accountability“) kann zum Schlüsselbegriff einer neuen Ökonomie werden, insoweit „accountability unter Kooperationsbedingungen und direkter Kommunikation zwischen Gleichgestellten das gemeinsame Handeln (stärkt)“. Gerhard Scherhorn bleibt

also Optimist, was die Änderungsbereitschaft in der Praxis angeht, wenn die Sozialisations- und Situationsbedingungen dies unterstützen. Ob das auch schon für die Wirtschaftswissenschaften gilt, lässt er klugerweise offen.

Die Veranstaltung war eine Hommage für den Moralisten Manfred Linz und für seine forschende Ungeduld: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern“ (Karl Marx, Thesen über Feuerbach). Es war auch ein interessanter Diskurs über die Ziele und die Machbarkeit von Nachhaltigkeit: Eine Veranstaltung mit wissenschaftlichem Niveau, moralischer Leidenschaft und menschlicher Wärme, wie ich sie mir noch häufig am Wuppertal Institut wünsche. Vielleicht war das Zitat von Ernst Bloch, das Micha Hilgers an den Schluss seines Beitrags gesetzt hat, auch das unausgesprochene Band zwischen den Skeptikern und Optimisten auf dem Symposium: „Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen“.

Jürgen Wittpoth

Was weiß die Erwachsenenbildung über die Veränderungsbereitschaft der Menschen?

Man wird nicht ohne Berechtigung erwarten, dass ich die Fülle einschlägiger Befunde zu der mir aufgegebenen Frage kaum in der verfügbaren Zeit unterbringen kann. Das ist aber nicht so. Vielmehr könnte ich meine Antwort kurz halten und – durchaus noch rücksichtsvoll gegenüber meiner eigenen Disziplin – auf ein Wort beschränken: wenig.

Das wird Ihnen zu kurz sein, und ich vermute auch, dass Manfred Linz die noch ausstehende Fortsetzung eines Gesprächs zwischen uns beiden kurzerhand in diesen Rahmen hinein verlagert hat. Ich hatte – im Anschluss an sein Papier „Wie kann geschehen, was geschehen muss?“ – kurz angedeutet, dass man meines Erachtens zumindest auch andere oder weitere Fragen stellen müsste. Dies will ich hier zu erläutern versuchen, ohne die Ausgangsfrage dabei aus dem Auge zu verlieren.

Dass Pädagogik, deren Geschäft die Veränderung der Person ist, kaum etwas über die Veränderungsbereitschaft weiß (und wissen will), ist weniger ein Armutszeugnis als vielmehr eine Voraussetzung ihres Erfolges. Sie geht stets von der Möglichkeit einer besseren Wirklichkeit aus, ohne nach den Bedingungen dieser Möglichkeit zu fragen und ohne sich gelegentlich zu vergewissern, ob die Möglichkeit – zumindest partiell – Wirklichkeit geworden ist. Sie kann dies tun, weil ihre Botschaften und Anliegen fraglos vernünftig und gut sind – wer will schon gegen

Bildung, Humanität, Einsicht, Verständigung und ein selbstbestimmtes Leben sein. Sie muss dies tun, um eine wichtige, von den Akteuren allerdings ausgeblendete, Funktion weiterhin erfüllen zu können. An der faszinierenden Pädagogisierung des betriebswirtschaftlichen Diskurses wird diese Funktion sehr schön deutlich. Unternehmen stehen angesichts globalisierter Veränderungsdynamiken im Grunde vor dem Problem, Unwägbares kalkulierbar zu machen. Indem sie nun an die pädagogische Semantik anschließen, wird dieses – unlösbare – Problem in einen offenen Zeithorizont gestellt und als (irgendwann, prinzipiell) lösbar markiert: die Organisationen müssen einfach nur lernen (wobei man tunlichst vermeidet zu sagen, was).

Das geht so lange gut, wie niemand auf Einlösung der Verheißungen insistiert. An der Realisierung von Nachhaltigkeit interessierte Menschen – wie Manfred Linz – fragen aber nach, was sich denn nun wirklich verändert (hat). Die Ergebnisse stellen nicht zufrieden, und man sucht dann – zunehmend ungeduldig – nach Wegen, den Prozess der Vermittlung wichtiger Einsichten und deren Umsetzung in entsprechendes Handeln zu beschleunigen. Dabei an die pädagogische Figur anzuschließen, Bedingungen der Möglichkeit also auszublenden, bringt bestenfalls vorübergehende Tröstung.

Soweit ich es überblicke, hat sich insbesondere die Umweltpsychologie mit der Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit (empirisch) befasst. Die erste – von vielen bis heute ausgeblendete – Einsicht war, dass Umweltwissen, -bewusstsein und -handeln „lose gekoppelt“ sind – sie können, müssen aber nicht gemeinsam auftreten und tun dies viel seltener als erwartet. Weitere – auf sozial-räumliche Milieus orientierte – Arbeiten zeigten dann, dass ältere Angehörige kleinbürgerlicher Milieus, die sich durch Häuslichkeit, Technikakzeptanz, relativ niedrigen Bildungsgrad und durchschnittliches Einkommen auszeichnen, im Blick auf die objektiven Effekte ihres Lebensstils eher zu den „Öko-Pionieren“ zu zählen sind als junge, gut gebildete Angehörige alternativer Milieus. Erstgenannte haben dabei eher Aversionen gegenüber der Alltagsästhetik und Semantik, die letztgenannte im öffentlichen Raum sichtbar repräsentieren.

Ich hatte unmittelbar nach Erscheinen der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ mit meinen Studierenden – damals noch in Magdeburg – ausgewählte Leit-

bilder diskutiert, um zu sehen, inwieweit sie „attraktiv“ sind. Die Ergebnisse harmonieren mit solchen Befunden. Es gab eine hohe Akzeptanz gegenüber den Leitbildern „an sich“. Im Weiteren wurden objektiv hemmende Faktoren angeführt („nicht alle Menschen können sich in der gewünschten Weise verhalten“). Am interessantesten war dann, dass die Studierenden für sich persönlich meist andere Vorstellungen favorisierten, am markantesten bei dem Leitbild „gut leben statt viel haben“ – sie fanden übereinstimmend „gut leben und viel haben“ attraktiver.

Es liegt vor diesem Hintergrund nahe zu fragen, worin die immer wieder belegten Inkonsistenzen von Einstellungen und Verhalten gründen. Dazu gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von Untersuchungen, die auf ein Bündel unterschiedlicher Faktoren verweisen:

- Konkurrierende Einstellungen
- Fehlende Verhaltensanreize
- Fehlende Handlungsalternativen
- Kosten eines umweltverträglichen Lebensstils (finanziell, sozial, Informationsaufwand etc.)
- Technologische, praktische Restriktionen und Verhaltenszwänge

Das letzte Beispiel verweist bereits darauf, dass mit solchen Inkonsistenzen allein nicht erklärbar ist, warum Einsichten nicht in die Tat umgesetzt werden. Bereits innerhalb der Psychologie ist umstritten, wie weit die psychologische, auf individuelle, intentionale Entscheidungen abhebende Perspektive reichen kann. Es gibt äußere Handlungszwänge, die gegenüber den individuellen Verhaltensmöglichkeiten vorrangig sind, deren Überwindung – so sie denn überhaupt in den Sinn kommen kann – erhebliche Kosten im weitesten Sinne nach sich ziehen würde.

Dieser Seite des Problems widmen sich soziologische Betrachtungen, die an Milieuforschung und an den Befund einer zunehmenden Ästhetisierung des Alltags anschließen. Sie verweisen unter anderem auf die expressive und symbolische Bedeutung des Konsums. Wer ich bin, zu wem ich gehöre und von wem ich mich abgrenze, entscheidet sich relativ stark über die Felder, Intensität und bevorzugten bzw. geschmähten Objekte meines Konsums. Ähnliche Muster und Prinzipien des

Konsums konstituieren unterschiedliche soziale Milieus, die sich wechselseitig mehr oder weniger stark – aber kaum bewusst – bekämpfen. Ein und dasselbe Objekt ist bei den einen erstrebenswert und erscheint den anderen als degoutant. Angehörige sozialer Milieus, in denen umweltbelastende Praxen dominieren, bekämen demnach bei einem Umschwenken auf Nachhaltigkeit gravierende Probleme mit ihrer eigenen Identität, würden ihre soziale Heimat verlieren und sich mit Menschen gemein machen, die ihnen bis dato ein Greuel waren.

Sowohl die auf individuelle Einstellungen als auch die auf soziale Faktoren abhebenden Arbeiten dieser Art liefern wichtige Befunde für die Debatte über und das Bemühen um Nachhaltigkeit. Sie geben Anlass, umweltethische und -pädagogische Programme darauf hin zu befragen, ob sie sich nicht zu unterschiedslos an alle (vernünftigen) Menschen wenden und wo sie ihre Adressaten absehbar überfordern. Die Berücksichtigung solch „hemmender“ Faktoren hat nicht zuletzt zu dem Plädoyer geführt, von einer „Bedingungs-“ statt von „Umweltverantwortung“ zu reden.

Meines Erachtens muss aber noch ein weiterer Schritt erfolgen. Bislang geht es vor allem darum, zu verstehen oder zu erklären, warum Menschen den ökologischen Appellen und ihren eigenen Einsichten nicht folgen. Solange wir uns nicht auch genauer mit denen beschäftigen, die nicht nur über Nachhaltigkeit reden, sondern sich auch in ihrem Sinne verhalten, bleibt ein wichtiger Aspekt unterbelichtet. Außerdem bleiben wir so anfällig für einen pädagogischen Gestus im oben skizzierten Sinne – denn allen misslichen Umständen zum Trotz gibt es doch Menschen, die es schaffen!

Ich habe bislang keine empirische Untersuchung dieser Art gesehen. Nach allem, was ich aus verschiedenen Ansätzen und „Schulen“ der Milieu- und Lebensstilforschung weiß, lässt sich allerdings – behutsam – einiges zu denen sagen, die „es schaffen“. Um es pointiert vorwegzunehmen: Sie pflegen eine aristokratische Askese.

Die Angehörigen des Milieus haben durchaus angesehene Positionen im sozialen Raum inne. Sie verdanken diese Positionen und das mit ihnen verbundene Ansehen eher ihrem kulturellen als ihrem ökonomischen Kapital. Sie sind also eher reich an Geist als reich an Geld, müssen sich aber andererseits keine

Gedanken über die materielle Reproduktion ihrer Existenz auf einem durchaus komfortablen Niveau machen. Das heißt auch, dass sie nicht mehr zu den ganz Jungen zählen. Exzessiver Konsum ist ihnen in all seinen Erscheinungsformen ein Greuel. Die billige Variante stößt wegen ihrer offensichtlichen Stilllosigkeit und der Minderwertigkeit des Materials ab. Prätentiose Formen erscheinen als wenig selbstbewusst und misslingen zwangsläufig, weil die Plagiate das Original verfehlen. Die in formaler und materialer Hinsicht exklusive Variante, von der sie selbst ausgeschlossen sind, erscheint ihnen als aufdringlich und überzogen. Sie bevorzugen diskrete, nicht „modische“, sondern eher moderne Formen (im Sinne der Übereinstimmung von Form und Funktion), hochwertige, natürliche, eher langlebige Materialien, sie mögen keine Massenware, sondern erfreuen sich – wenn sie denn schon mal etwas kaufen! – an liebevoll ausgesuchten, originellen Fundstücken, die je nach Produktbereich entweder in alter handwerklicher Tradition, mit technischer Raffinesse etc. ausgeführt sind.

Im Blick auf Teilmilieus kann man verschiedene Bereiche des Alltagslebens weiter durchgehen:

Sie sind beruflich oft unterwegs und bevorzugen ruhige Ferienorte, die man relativ unaufwendig erreichen kann, weil sie einfach nur ausspannen und zu sich selber kommen wollen. Sie nutzen gern die Bahn, weil so die Reisezeit als Arbeitszeit genutzt werden kann. Sie reduzieren ihren Fleischkonsum und die Nahrungsmenge insgesamt, weil ihnen ansonsten der Körper aus den Fugen gerät und dann nicht mehr dem milieuspezifischen Körperbild entspricht (außerdem wissen sie, dass sie auf die Cholesterinwerte achten müssen).

Ihre Praxis ist also geeignet, Grenzen im sozialen Raum zu markieren und sie ist im Blick auf je besondere Lebensumstände hochgradig funktional. Als wesentlicher Aspekt kommt hinzu, dass der Praxis breite Anerkennung gewiss ist, solange sie sich in diesen Bahnen bewegt und sei es auf niedrigstem Niveau. Innerhalb des Milieus findet die Askese mehr Zuspruch als der Konsum: Auto fahren können alle, auf es verzichten zu können, zeichnet aus. Außerhalb wird der Verzicht als Bescheidenheit wahrgenommen. Es heißt nicht: der arme Mensch kann sich nichts leisten, sondern, obwohl er sich doch vieles leisten könnte, begnügt er sich. Und sollte sich einmal jemand aus der Kapitalfraktion zu einer jovialen Geste

gegenüber dem „armen Professor“ (z.B.) hinreißen lassen, hat er sich in diesem Moment bereits selbst diskreditiert.

Man kann sich innerhalb entsprechender Milieus über die eigene Praxis in verschiedenen Semantiken verständigen. Oft ist es eine ästhetische, dann geht es um Stil, Geschmack, den man selbst hat und der andere nicht. Aber auch eine ökologische Semantik ist unmittelbar anschlussfähig, denn wundersamerweise sind die milieuspezifischen Praxen in vielen Hinsichten „nachhaltig“.

In der Literatur trifft man gelegentlich auf mühsam konstruierte Beispiele für die skizzierten Zusammenhänge. Ich bedenke mein eigenes Leben auch in dieser Perspektive und habe daher persönliche Beispiele:

Zur Bedeutung der Anerkennung von Praxen

Als unserer Tochter Ende der siebziger Jahre der Übergang vom („antiautoritären“) Kinderladen in die Grundschule bevorstand, habe ich meine (eher mittelmäßig geschätzte) Stelle als Lehrer aufgegeben, wurde „Hausmann“, um die Einschulung zu begleiten. Die Frauen (mit und ohne Kinder) in unserem sozialen Umfeld haben darauf (und letztlich auch auf mich) sehr positiv reagiert. Es mag sein, dass mancher Mann irritiert war, sagen konnte er es nicht, das wäre im Milieu illegitim gewesen. Ich konnte mich also in den anderen ungehemmt als väterlich, mutig, selbstlos u.v.a.m. erfahren.

Für meine Eltern (Vater Facharbeiter, Mutter Hausfrau) war diese Entscheidung beinahe ein Schock. Es war für sie völlig unvorstellbar, dass man nach gelungener akademischer Ausbildung „alles aufgibt“. Ich glaube, sie haben auch wirklich gelitten, bis der (einzige) Sohn nach anderthalb Jahren wieder ordentlich in Lohn und Brot stand. Wäre ich in meinem ursprünglichen familialen Milieu geblieben, hätte ich mit hoher Wahrscheinlichkeit den Schritt nicht gemacht bzw. (wenn doch) meine Situation als demütigend, mindestens prekär empfunden. In meinem damaligen Bezugsmilieu habe ich demgegenüber sehr viel Anerkennung erfahren, ich brauchte keinen Mut o.ä., es war einfach angenehm, ich war ein (kleiner) „Held“.

Zur Bedeutung konkreter Lebensumstände

Nachdem ich 1994 einen Ruf an die Universität Magdeburg angenommen hatte, habe ich mein Auto verkauft. Ich pendelte mit der Bahn (1. Klasse, IC / ICE, meist mittelmäßig bis gering besetzt) zwischen Bochum und Magdeburg (die knapp 400 km mit dem Auto zu überbrücken, wäre einigermaßen absurd gewesen). Viele meiner KollegInnen waren in einer ähnlichen Situation, so dass wir uns wechsel-

seitig angenehme Geschichten vom Bahnfahren erzählen konnten. Meine private Umwelt habe ich dann allmählich auch zu überzeugen versucht, was aber weitgehend folgenlos geblieben ist.

Seitdem ich in Wuppertal bin, fahre ich wieder Auto, denn die Zugverbindungen zwischen Bochum und Wuppertal sind sehr schlecht und unkomfortabel. Selbstverständlich habe ich ein Auto mit geringem Normverbrauch gewählt (was mir ein Stück Legitimation für die wieder erwachte Freude am schnellen Fahren gibt). Wenn ich nun wieder mit der Bahn unterwegs bin, registriere ich schonungslos die vielfältigen Mängel dieses Verkehrsmittels. Ich kann plötzlich all die Geschichten nachvollziehen, die mir von Menschen vorgehalten wurden, die ich vorher nicht vom Segen des Bahnfahrens überzeugen konnte.

Ich habe also „Entscheidungen“ für sozial anerkanntes, als „richtig“ geltendes Verhalten getroffen. Ich habe dies aber nicht, mindestens nicht in erster Linie getan, weil es sich um gewünschtes oder „richtiges“ Verhalten gehandelt hat. Vielmehr hatte ich (bis zu meinem „Rückfall“ auf das Automobil) schlicht das Glück, dass die meinen besonderen Lebensumständen gemäße Variante zugleich diejenige war, die Anerkennung fand, wodurch die „Entscheidung“ noch einmal gestützt und schließlich auch „geadelt“ wurde.

Geht man nun noch einmal zurück zur Ausgangsfragestellung, dann wird die besondere „Leistung“ einer pädagogischen Haltung, die die Bedingungen der Möglichkeit ihres eigenen Programms überspringt, erneut deutlich. Aus der hier skizzierten Perspektive ergibt sich ein problematischer Befund:

Umweltverträgliche Praxis ist eher ein „Abfallprodukt“. Die älteren sparsamen Kleinbürger verhalten sich nachhaltig, ohne es zu wollen. Die gleichermaßen umweltbewussten wie -aktiven Gruppen praktizieren einen Lebensstil, der auch nachhaltige Züge hat. Beide Varianten lassen sich aber kaum „herstellen“. Die erste Gruppe – in der gängigen Milieuforschung wohl am ehesten dem traditionellen Arbeitermilieu zuzurechnen – stirbt langsam aus. Ihre Nachkommen orientieren sich – gerade was die Bedeutung des Konsums angeht – anders. Die besonderen, für die Praxen maßgeblichen Lebensumstände der zweiten Gruppe lassen sich nicht beliebig verallgemeinern. Selbst wenn man sich – gedankenexperimentell – vorstellt, immer mehr Menschen in eine entsprechende soziale Position zu „befördern“, dann würde die ganze Architektur des sozialen Raums zusammenbrechen;

und ohne diese Architektur verliert die aristokratische Askese ihre Bezugspunkte und damit ihren Sinn.

Die pädagogische Haltung hat damit keine Probleme – sie kann weiterhin ungerührt auf die Verbreitung von Einsichten setzen, zumal sie ja „weiß“, dass es Menschen gibt, die es offensichtlich „begriffen“ haben.

Gerhard Scherhorn

Was bewegt sich in den Wirtschaftswissenschaften?

Revisionsbedürftige Annahmen

Die Abwälzung privater Kosten auf Umwelt und Gesellschaft, die zur ökologischen Krise und zur Forderung nach einer nachhaltigen Wirtschaftsweise geführt hat, haben die Wirtschaftswissenschaften mit ihren theoretischen Annahmen gerechtfertigt und stimuliert. Der Übergang zu nachhaltigem Wirtschaften kommt auch deshalb so schwer voran, weil die Annahmen nur zögernd revidiert werden, die ihm zugrunde liegen. Ich will sie in drei Gruppen zusammenfassen, in Annahmen über Natur, Kapital und Gemeinwohl:

- NATUR ist zwar kein ganz *freies Gut* mehr, im Prinzip aber können wir weiterhin über sie verfügen und brauchen uns nur geringe Sorgen darüber zu machen, ob die „global commons“ – früher rechnete man nur Boden, Luft, Wasser dazu, heute auch Biodiversität und Klima – durch Produktion und Konsum geschädigt werden, denn zum Teil sind sie nahezu *unerschöpflich*, weil sie sich immer wieder regenerieren, und soweit sie erschöpfbar sind wie die fossilen Rohstoffe, können wir sie im Lauf des technischen Fortschritts durch produzierte Güter *substituieren*.

- Die produzierten Güter sind *knapp*, denn um sie herzustellen, müssen wir Arbeit und Kapital einsetzen, die nur begrenzt verfügbar sind. Die Bedürfnisse aber sind *unersättlich*, deshalb muss das verfügbare KAPITAL *permanent wachsen*, so dass mit dem begrenzten Arbeitsvolumen zunehmend mehr Güter hergestellt werden können. Das Wachstum der Gütermenge ist unschädlich, denn nach den obigen Annahmen über die Natur sind die für Produktion und Konsum erforderlichen Quellen und Senken im Prinzip weiterhin verfügbar, und die wachsende Geldmenge gilt nur als *Korrelat* der Gütermenge, das keine eigenen Wirkungen hat.
- Für den effizienten Umgang mit knappen Gütern und die Steigerung der Produktivität ist das *Privateigentum* besser geeignet als das Gemeineigentum und der *Wettbewerb* besser als die Kooperation, also wird das GEMEINWOHL am wirksamsten gefördert, wenn alle sich von ihrem eigenen, privaten Nutzen leiten lassen, und da der Eigennutz ohnehin *der universelle Beweggrund* allen menschlichen Handelns ist, braucht man ihn nur von einengenden Vorschriften zu befreien, um den allgemeinen Wohlstand zu maximieren. Nachdenken über gemeinsames Handeln ist aus dem ökonomischen Denken eliminiert.

In dieses Denkmuster kann sich das Bestreben, die Externalisierung von Kosten zu verhindern, nicht organisch einfügen, es wirkt als Fremdkörper. Deshalb muss es insgesamt revidiert werden, um mit Nachhaltigkeit vereinbar zu sein. Ich will für jedes seiner Bestandteile untersuchen, was sich ändern muss und wieweit es sich geändert hat: Natur muss als Gemeinschaftsgut behandelt, Kapital muss domestiziert, gemeinsames Handeln rehabilitiert werden. Wieweit geschieht das bereits?

1. Natur als Gemeinschaftsgut

1.1. Schwierigkeiten mit dem Konzept der Nachhaltigkeit

Wenn uns die Umweltkrise seit der Veröffentlichung von „Silent Spring“ (Carson 1965) etwas gelehrt hat, dann dies: Die naturgegebenen Güter sind nicht mehr beliebig verfügbar, wenn sie es denn je waren. Für ökonomisches Denken sollte das kein Problem sein, ist doch der Umgang mit knappen Gütern seine Spezialität. So hat sich denn auch schnell ein neuer Forschungsbereich etabliert, die Ressourcen-ökonomik, doch die Logik der Bewirtschaftung nichterneuerbarer Ressourcen hat es nicht leicht, sich gegen die alte Vorstellung von der Natur als freiem Gut durchzusetzen. Das hängt damit zusammen, dass man in der Wirtschaftswissenschaft dazu neigt, die natürliche Mitwelt als *Naturkapital* zu betrachten, also als den Inbegriff derjenigen naturgegebenen Güter, die einen Strom von Nutzungen liefern. Eben dies ist der Sinn des Wortes *Kapital*, und es ist durchaus ein Aspekt der Natur, in diesem Sinne Kapital zu sein. Aber man ist dann in der Gefahr, den *Common Good*-Charakter des Naturkapitals zu verkennen, indem man es mit dem von Menschen geschaffenen privaten *Wirtschaftskapital* auf eine Stufe stellt. Das lässt sich an der Entwicklung des Nachhaltigkeitsbegriffs illustrieren.

Als die Brundtland-Kommission vor 15 Jahren die Forderung nach „sustainable development“ (World Commission 1987) aufstellte, war eine Zielvorstellung gefunden, die gute Chancen hat, das „Jahrhundert der Umwelt“ (v. Weizsäcker 1992) wirksam zu prägen:

- Nachhaltige Entwicklung bedeutet im Kern *Substanzerhaltung*, achtsame und kultivierende Behandlung der naturgegebenen Lebens- und Produktionsgrundlagen.
- In Analogie zur nachhaltigen Forstwirtschaft heißt das, dass wir das Naturkapital, dessen Leistungen wir nutzen, nicht aufzehren, sondern darauf achten, dass es sich regenerieren kann – genauer: dass es sein *Potential* regenerieren kann, also nicht nur seine Ertragsfähigkeit, sondern auch die Fähigkeit, weitere Nutzungen zu ermöglichen, ökologische, ästhetische, gesundheitsfördernde, soziale Nutzungen zum Beispiel.

- Soweit das Naturkapital auch aus nichtregenerierbaren Stoffen besteht, auf deren Nutzung wir angewiesen sind, bedeutet Nachhaltigkeit, dass sie sparsam und umweltschonend abgebaut und sobald möglich durch regenerierbare ersetzt werden.
- Beides, Regeneration und Schonung, kann nur in koordiniertem Handeln vieler zustandekommen, denn das Naturkapital besteht aus Gütern, auf die viele Zugriff haben, als Eigentümer oder als Nutzer.
- All dies gilt auch für das Sozialkapital, die erworbene Fähigkeit von Gesellschaften und Gruppen zum friedlichen und produktiven Zusammenhalt: Auch es ist ein Gemeinschaftsgut, das nur durch kooperatives Handeln in seinem Potential erhalten werden kann.

Nun stieß diese Vorstellung von Nachhaltigkeit aber auf einen Stand des ökonomischen Denkens, der mit ihr nicht voll verträglich war. Für die herrschende ökonomische Theorie, die neoklassische, ist die Wirtschaft das übergeordnete System und die Natur ein Subsystem (Daly 1993). Sie räumt dem Naturkapital keine Sonderstellung ein, sondern besteht darauf, dass es mit Hilfe des technischen Fortschritts durch Wirtschaftskapital substituiert werden könne – wenn nicht vollständig, so doch so weitgehend, dass man glaubt, sich einstweilen darüber wenig Gedanken machen zu müssen (Solow 1974).

Solange man mit der Substituierbarkeit rechnet, hat man keine Probleme mit der Erschöpfung naturgegebener Ressourcen, denn dann verlangt die wirtschaftliche Vernunft lediglich, das Gesamtpotential von Natur- und Wirtschaftskapital zu erhalten oder (bei zunehmender Bevölkerung) zu vergrößern, so dass der Strom des Einkommens bzw. des Wohlbefindens pro Kopf, der mit diesem Potential erzeugt wird, nicht abnimmt (Hicks 1948). Ein modellhaft funktionierender Markt wird den Preis der jeweiligen Ressource vor der Erschöpfung so ansteigen lassen, dass rechtzeitig Substitute entwickelt werden (Hotelling 1931). In der Realität neigt der Markt zwar dazu, erschöpfbare Ressourcen zu schnell aufzuzehren und den Preis zu spät zu steigern, aber dann muss er eben durch staatliche Maßnahmen so korrigiert werden, dass der Verbrauch sich entsprechend in die Länge zieht (Solow 1974).

1.2. Die Kolonisierung des Nachhaltigkeitsdiskurses

Dieses Konzept war schon vor dem Brundtland-Report entwickelt worden; es entstammt einer Vorstellungswelt, die von der Suche nach den Bedingungen stetigen Wachstums – Wachstum des Kapitalstocks und damit des Sozialprodukts, des Einkommens, des Konsums – beherrscht ist. In dieser Vorstellungswelt baut man auf die jederzeitige Entwicklung von Auffang-(Backstop-)Technologien, die erschöpfte Ressourcen durch neue ersetzen. Solange man an die Erschöpfung von Rohstoffvorkommen und nicht an die Aufzehrung der global commons denkt, kann man das Vertrauen in den technischen Fortschritt mit den Erfahrungen der Vergangenheit ja auch durchaus begründen, denn nicht wenige sind in der Tat substituierbar, sofern man die Zerstörung des Bodens akzeptieren kann, dem sie entrisen werden (Scherhorn & Wilts 2001, 253).

Da das dem Denken der Ökonomen nicht schwer fällt, war man bestrebt, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung der neoklassischen Theorie anzupassen. Jamieson (1998, 184) nannte das die „colonization of the sustainable development discourse by economists.“ Man interpretierte das Konzept der Nachhaltigkeit als Erhaltung des Gesamtkapitals, nach den wichtigsten Vertretern des Konzepts, als *Solow-Hartwick-Sustainability* bezeichnet. Der Hartwick-Regel zufolge (Hartwick 1977) wirtschaftet eine Volkswirtschaft nachhaltig, wenn ihre Nettoinvestition in das Gesamtkapital größer oder gleich Null ist. Selbst ein vollständiger Verzehr der Substanz an Naturkapital kann nach dieser Auffassung als „nachhaltig“ betrachtet werden, sofern er durch Wirtschaftskapital ausgeglichen wird.

Das ist nun aber nichts anderes als der Versuch, die Natur weiter als frei verfügbar zu betrachten. Da man sie für ersetzbar durch technischen Fortschritt hält, bekommt das Nachhaltigkeitskonzept die Funktion, den Primat des Wirtschaftskapitals zu verteidigen, wird also in das Gegenteil der ursprünglichen Bedeutung verkehrt.

Dieser Bedeutungswandel kommt im Begriff der *schwachen Nachhaltigkeit* zum Ausdruck. Mit ihm wurde das neoklassische Nachhaltigkeitskonzept von Autoren bezeichnet, die sich *gegen* das ihm zugrundeliegende Vertrauen auf die Substituierbarkeit der Natur wandten, zuerst von David Pearce und Mitarbeitern (1989), dann von einer Reihe weiterer Autoren wie Costanza, Daly, Ekins, Jacobs,

Spash und anderen (ein Überblick bei Neumayer 1999, 23-38). Sie widersprachen der Auffassung vollständiger oder weitgehender Ersetzbarkeit des Naturkapitals vor allem mit dem Argument, dass naturgegebenes und menschengemachtes Kapital eher in kompensatorischer als in substitutiver Beziehung zueinander stehen, und argumentierten zugunsten eines Konzepts der *starken Nachhaltigkeit* (strong sustainability). Bei diesem denkt man weniger an die Rohstoffe als an die *global commons*, die weder durch Wirtschaftskapital noch durch andere Formen des Naturkapitals ersetzt werden können. Neuerdings betrachtet man sie als *kritisches Naturkapital* und sieht in dessen Erhaltung das Kriterium der starken – oder, etwas zurückhaltender, *vernünftigen* (reasonable) – Nachhaltigkeit.

Damit zieht man die Konsequenz aus der Erkenntnis, dass „die Entwicklung der Wirtschaft die Ära hinter sich gelassen hat, in der das anthropogene Kapital der begrenzende Faktor des wirtschaftlichen Wachstums war, und in eine Ära eingetreten ist, in der das verbleibende Naturkapital den begrenzenden Faktor darstellt“ (Costanza et al. 2001, 101). Im Ernstnehmen dieser Erkenntnis liegt die große Leistung der *Ökologischen Ökonomik*. Solange das Wirtschaftskapital knapp, das Naturkapital aber reichlich vorhanden war, war es unbedenklich, die naturgegebenen Güter schlechthin für substituierbar durch anthropogene Güter zu halten. Da inzwischen aber die Global Commons zum knappen Faktor geworden sind, bewirkt das weitere Festhalten an der Doktrin der Substituierbarkeit, dass „Teile des natürlichen Kapitalbestands liquidiert werden,“ damit der Strom der Nutzungen noch etwas länger fließen kann (ebenda S. 105), allerdings um den Preis, dass er ganz versiegt, wenn der Bestand liquidiert ist.

1.3. Wertschöpfende statt soziale Kosten

Also erfordert Nachhaltigkeit neben schonendem Ressourcenabbau und rechtzeitiger Entwicklung von Alternativen vor allem eine erhaltende und kultivierende Nutzung der Global Commons Luft, Boden, Wasser, Klima, Biodiversität. Sie erfordert z.B. Erhaltung der Wattgebiete, der Korallenriffe, der Ozonschicht usw., und das bedeutet den Verzicht darauf, mit den eigenen Kosten die Umwelt, die Gesundheit, die Allgemeinheit zu belasten, sie also in *soziale Kosten* zu transformieren oder, wie man heute lieber sagt, zu *externalisieren*.

Der Verzicht verringert natürlich den kurzfristig möglichen Gewinn. Dass dies überhaupt gedacht werden kann, darin enthüllt sich die ignorante, wenn nicht räuberische Einstellung zu den Gemeinschaftsgütern. Wenn Reedereien bei Öltransportern die Kosten einer Verstärkung der Schiffsrümpfe vermeiden, das Risiko der Verseuchung durch austretendes Öl auf die Ozeane und die Anrainer abwälzen und politisch gegen strengere Vorschriften agitieren, so bereichern sie sich zu Lasten der Allgemeinheit. Was für sie zählt, sind allein die unmittelbaren Gewinnaussichten.

Im Studium der Wirtschaftswissenschaften lernt man das noch heute. Zumal in den Lehrbüchern der Betriebswirtschaft ist es weithin die herrschende Auffassung. Zwar wird nicht förmlich dazu aufgefordert, Kosten der privaten Produktion auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Aber die sozialen Kosten werden nicht beim Namen genannt, es wird nicht vor der Externalisierung gewarnt, es wird nicht dargelegt, welche nachteiligen Folgen die Abwälzung hat: Dass es Kosten der Produktion privater Güter sind, die von den Produzenten und den Konsumenten nicht selbst getragen werden, weshalb Natur und Gesellschaft geschädigt, die Produkte aber um den Gegenwert des Raubbaus verbilligt und deshalb häufiger gekauft werden als wenn sie nicht subventioniert wären, kurz: dass die Nachfrage nach Gütern erhöht wird, indem Gemeinschaftsgüter ausgebeutet und Produktionsmittel verschleudert werden.

Eine ähnliche Fehlanzeige gilt für die Mehrheit der volkswirtschaftlichen Lehrbücher: Dort kommt der Begriff der sozialen Kosten zwar vor, nachdem er von William Kapp immerhin schon vor 50 Jahren in die volkswirtschaftliche Literatur eingeführt wurde (Kapp 1950, 1956). Aber worin die sozialen Kosten – die negativen externen Effekte – im einzelnen bestehen, wie sie sich mit zunehmendem Sozialprodukt entwickeln, wie man sie berechnet, welche Auswirkungen sie haben, das steht alles nicht da. Die Lehrbücher sind sehr zögerlich, wenn es darum geht, aus dem Konzept des nachhaltigen Wirtschaftens die Konsequenz zu ziehen.

Die Konsequenz ist, dass die Abwälzung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft, die Emission von nicht absorbierbaren Abfällen, schrittweise immer weiter vermieden werden muss, bis die Wirtschaft schließlich bei „Zero Emission“ (Pauli 1999) ankommt, beim Wirtschaften nach dem Vorbild der Natur, in der es

praktisch keinen Abfall gibt, der nicht absorbiert oder/und wieder zu Rohstoff für neue Produktion wird. Denn substanzerhaltend ist „nur das, was in einer Sonnenenergiewirtschaft inputseitig immer wieder über natürliche Kreislaufprozesse regeneriert wird, und das, was outputseitig von der Natur ohne Schaden verarbeitet werden kann“ (Stahlmann 2002, 168).

Das Verständnis dafür stellt sich in der Betriebswirtschaftslehre nur ganz allmählich ein. Immerhin erscheint es dank der Verbreitung von Umweltkostenrechnungen und realökonomischen Öko-Bilanzen denkbar, „Kostenarten (z.B. Materialkosten, Abschreibungen, Personalkosten) unter qualitativen Kriterien zu unterscheiden. Materialkosten könnten (inklusive der aus Vorstufen mitgezogenen Personal- und Kapitalkosten) kausal gebündelt den erschöpfbaren oder aber den nachwachsenden Rohstoffen zugerechnet werden. Die Recyclingfreundlichkeit oder Wiederverwendbarkeit von Maschinen wäre als Beurteilungskriterium für die Abschreibungen heranzuziehen ... Bei anspruchsvoller Umweltpolitik eines Unternehmens mit Maßnahmen der kontinuierlichen Umweltentlastung und einer differenzierten bzw. ergänzten Umweltkostenrechnung ist zu erwarten, dass Umweltkosten im Sinne eines Wertverzehr von natürlichem Kapital oder aufwendiger Kontroll-, Sicherungs- und Entsorgungsmaßnahmen sinken und zunehmend Kosten übrigbleiben, die auch im ökologischen (und nicht nur finanz-ökonomischen) Sinne wertschöpfend sind“ (ebenda).

Auch in der Volkswirtschaftslehre ist ein Umdenken im Gang, beispielsweise indem die Folgen der Abwälzung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft in die Wohlfahrtsökonomik und in gesamtwirtschaftliche Berichtssysteme eingeführt werden. So haben Daly und Cobb (1994) soziale Kosten, unbezahlte Arbeit und die Änderung der Verteilungsrelationen in einem Wohlfahrtsindikator, dem Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) berücksichtigt (vgl. auch Cobb 1991 und Diefenbacher 1995). Majer (2001, 468–472) hat ihn in seinem Lehrbuch „Makroökonomik“ bei der Erörterung des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität herangezogen. Und Max-Neef (1995) hat anhand von Berechnungen dieses Indikators in verschiedenen Ländern die Annahme widerlegt, unablässig steigendes Sozialprodukt führe zu unablässig steigendem Wohlstand. Im Gegenteil: Von einem bestimmten Niveau des Sozial-

produkts an, das die fortgeschrittenen Industriestaaten in den 1970er Jahren erreicht hatten, haben alles in allem nur noch die sozialen Kosten zugenommen, nicht mehr der Nettowohlstand. Müsste unter solchen Umständen eine *steady state economy*, in der die Inanspruchnahme naturgegebener Ressourcen gleich bleibt (Daly 1977), nicht doch an Attraktivität gewinnen?

2. Domestizierung des Kapitals

2.1. Knappheit ist kein Naturgesetz

Das wäre allerdings ein radikaler Bruch mit bisherigen Denkgewohnheiten. Die Ökonomie hat sich in dem gemeinsamen Erkenntnisobjekt der Sozialwissenschaften, dem individuellen und kollektiven Verhalten der Menschen, einen eigenen Claim abgesteckt, der seine neoklassische Formulierung bei Lord Robbins (1932) gefunden hat: „Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses.“ Mit dieser Definition wird die Ökonomie zwar strenggenommen auf den Kreis der Fälle begrenzt, in denen die Mittel knapp sind; implizit wird aber die Auffassung nahegelegt, dass die Ziele *generell* größer sind als die Mittel, so dass wir im Leben stets vor der Aufgabe stehen, auf Vermehrung bzw. bessere Nutzung der Mittel hinzuwirken. Explizit hat Becker (1976) dies als *den* ökonomischen Ansatz zur Erklärung *des* menschlichen Verhaltens bezeichnet.

Für Ökonomen ist es eine allgemeingültige Beschreibung der Realität, dass unsere Wünsche stets größer seien als unsere Mittel. Das sind sie keineswegs immer. Tatsächlich resultiert Knappheit aus dem *Vorausseilen der Wünsche*, dass die Wünsche vorausseilen aber ist eine gesellschaftliche Norm und als solche erst in der Neuzeit aufgetreten (Xenos 1989). In früheren Jahrtausenden hat es eher ein Gleichgewicht zwischen Mitteln und Wünschen gegeben, und in prähistorischen Sammler- und Jäger-Kulturen gab es höchstwahrscheinlich sogar ein Überwiegen der Mittel über die Wünsche, also „ursprüngliche Überflussgesellschaften“ (Sahlins 1992). Dass dies heute erkannt werden kann, ist ein großer Fortschritt. Wenn die Erkenntnis im ökonomischen Denken bisher noch nicht wirksam wird, so liegt

das an der neoklassischen Strategie, das Modell einer auf unzureichende Mittel verengten Realität für allgemeingültig zu erklären, um andere Auffassungen der Realität als irrelevant abzuweisen.

Das Modell sieht folgendermaßen aus. Die Ziele, das sind die wirtschaftlichen Güter, die zu produzierenden Waren und Dienstleistungen, und die mit diesen zu befriedigenden Bedürfnisse. Die Mittel dazu, die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Natur, können jeweils nur eine begrenzte Menge an Gütern herstellen. Diese Menge ist stets kleiner als das, was an Gütern gewünscht wird. Das liegt an der begrenzten Kapazität von Arbeit und Natur. Diese kann durch technischen Fortschritt nach und nach vergrößert werden. Dadurch wächst das Wirtschaftskapital, und die Produktivität erhöht sich.

Wenn die Produktivität wächst, könnte die empfundene Güterknappheit abnehmen, die weitere Steigerung der Produktion und das weitere Wachstum des Wirtschaftskapitals könnten weniger dringlich werden. Das ökonomische Denken aber klammert sich an die Fortsetzung des Wirtschaftswachstums als die bisher bewährte Lösung. Immerwährendes Wachstum setzt den Glauben daran voraus, dass die Erfüllung eines Güterwunsches immer schon den nächsten vorbereitet, und dass sich die Menschen mit den jeweils verfügbaren Gütern nie lange zufrieden geben, weil sie sich an denen orientieren, die mehr und bessere haben. So hat sich im 20. Jahrhundert das inzwischen allgemein für wahr gehaltene Theorem ausgebreitet, die Güterwünsche seien *unersättlich*, also blieben die Güter insgesamt knapp, und so auch das Wirtschaftskapital.

2.2. *Sättigung ist möglich*

Doch Unersättlichkeit der Wünsche und Knappheit der Güter sind keine unent-rinnbaren Gesetze der menschlichen Natur, sondern gesellschaftlich produziert. Sie sind anthropogen wie die Erwärmung des Klimas und die Verseuchung der Weltmeere. Die permanente Expansion des Güterbedarfs wird dadurch in Gang gehalten, dass wir den materiellen privaten Wohlstand überbewerten (Scherhorn 1997a, 172 ff.) und seine sozialen Kosten unterbewerten (Scherhorn 1994). Diese bestehen aus der Ausbeutung der *global commons* und damit aus dem Verzehr kritischen Naturkapitals, ebenso aber auch aus Belastungen für Gesundheit und

Integration sowie aus der Abwälzung auf öffentliche Budgets, d.h. sie verzehren auch Sozialkapital.

Im antiken Mythos wird dieses Verhaltensmuster – der Raubbau an gemeinschaftlichen Gütern zugunsten des privaten Wohlstands – dem Erysichtheus zugeschrieben. Er wurde dafür von Demeter zur Unersättlichkeit verurteilt (Binswanger 1998). In der Ökonomie hat sich das Unersättlichkeitstheorem festgesetzt, weil man in der Weltwirtschaftskrise die Stagnation fürchten gelernt hatte und im Wirtschaftswachstum bis heute den einzigen Ausweg sieht. Der Tag ist noch nicht gekommen, an dem man sich an die antike Erkenntnis erinnern wird, dass Unersättlichkeit eine Strafe ist. Dabei war bis in die 1920er Jahre die Erwartung verbreitet, die auf Güter gerichteten Bedürfnisse würden bald gesättigt sein, die weitere Steigerung der Produktivität würde den Menschen dann also mehr freie Zeit bescheren. (Cross 1993). Man sah auch durchaus, dass das die Fähigkeit zu „demokratischer Muße“ erforderte. Man wollte das Familienleben stärken und Gemeinschaftswerte einüben; Kreativität, politisches und kommunales Engagement, soziale Arbeit, gemeinsame Spiele, Körperbeherrschung und Naturgenuss, Kunst und Kultivierung sollten gefördert werden (ebenda). Das hätte zugleich „demokratischen Wohlstand“ (Harrod 1958) bedeutet: Die Wünsche hätten sich an immateriellen und Gemeinschaftsgütern orientiert, die vielen zugänglich sind; die vielen hätten aufgehört, nach dem materiellen Vorrang zu streben, den nur wenige haben können; die wenigen hätten nicht länger mit immer neuem Aufwand versucht, ihren Vorsprung zu halten.

Also hätten die oberen Einkommen – mit Unterstützung durch verteilungspolitische Eingriffe – *im Wachstum zurückbleiben können*, und der Unersättlichkeit wäre der Nährboden entzogen worden. Doch das war eine weder politisch noch theoretisch akzeptierte Vorstellung. Es hätte für Jahre den Güterabsatz beeinträchtigt, die Beschäftigung und die Staatsfinanzen gefährdet, und der Übergang zu einer neuen Wirtschaftsstruktur hätte unter großer Verunsicherung und mit hohen Reibungsverlusten gefunden werden müssen. So beharrte man auf einer *allgemeinen* Steigerung des Wohlstands, die die Ärmeren reicher machen sollte, ohne den Vorsprung der Reichen zu verringern. Ein korrigierender Eingriff in die Entstehung der Einkommen war tabu.

2.3. Das Expansionsprivileg steht in Frage

Er wäre noch heute so etwas wie ein Sakrileg. In der wirtschaftlichen Realität ebenso wie in der ökonomischen Theorie haben wir es gleichsam mit einem geheiligten Anspruch des Wirtschaftskapitals zu tun, sich auf Kosten des Natur- und Sozialkapitals auszubreiten, und das nicht erst seit gestern. Dieser Anspruch existiert, seit der Kapitalismus den Feudalismus abgelöst und dessen Privilegien, obwohl deren Berechtigung erloschen war, übernommen und auf sich zugeschnitten hat (Scherhorn 2001):

- Aus dem feudalistischen Recht auf Beute wurde die *Ausbeutung* der natürlichen Mitwelt, die *Instrumentalisierung* der Arbeitenden, die *Unterwerfung* der Kunden unter die Marke und nicht zuletzt die *Ausnutzung* der Gemeinschaft, der Kommune beispielsweise, in der ein Unternehmen angesiedelt ist und von deren Einrichtungen es auch ohne Gegenleistung profitiert.
- Das feudalistische Prinzip, dass die Lehnspflichtigen dem Lehnsherrn zu Naturaldiensten verpflichtet waren, zum Kriegsdienst oder zum Dienst am Bau von Burgen und Kirchen, verwandelte sich in die *Mitverpflichtung* der Angehörigen der Arbeitskräfte, ihrer Frauen vor allem. So konnte es selbstverständlich werden, dass diese unentgeltlich die Versorgungsarbeit zu leisten haben, ohne die die Erwerbstätigkeit nicht möglich ist, dafür aber nicht geachtet werden, weil allein der Erwerb wirtschaftlich zählt und gesellschaftlich geachtet ist.
- Die oligarchische Ungleichverteilung von Herrschaft, Ansehen und Wohlstand im Feudalismus hat sich in den Ansprüchen der oberen und den Träumen der unteren Schichten erhalten, vor allem aber in der *Tabuierung der Verteilungsfrage*. Im Gegensatz zur sekundären Einkommensverteilung (Atkinson 1983) wird die primäre Verteilung der Erträge auf die Produktionsfaktoren nicht unter ethischen Kriterien analysiert, sondern als gegeben hingenommen.

So ist für den mainstream der Wirtschaftswissenschaften das Kapital von sozialer und ökologischer Verantwortung freigestellt, hat das alleinige Ziel, sich selbst zu vermehren, und wird davon nicht durch Auferlegung anderer Ziele abgehalten.

Das entspricht, um ein Wort von Albert Hirschman (1980, 79) zu verwenden, einer „selbst nicht artikulierten“ Theorie des Kapitalismus.

Diese Theorie ist nirgends explizit formuliert, stillschweigend aber beherrscht und begrenzt sie das ökonomische Denken. Sie unterstellt die Hegemonie des Wirtschaftskapitals über die beiden anderen Produktionsfaktoren Arbeit und Natur. Diese beiden folgen den zyklischen Gesetzen des Lebens, sie entwickeln sich in einer überlappenden Folge individuellen Entstehens, Reifens und Vergehens. Das Kapital dagegen wird so behandelt, als sei es darauf angelegt, auf Kosten von Arbeit und Natur in alle Ewigkeit exponentiell zu wachsen, als brauche es nur einem Gesetz zu gehorchen, dem der Rentabilität und der Zinseszinsrechnung.

Ganz unangefochten ist diese Theorie zwar nicht mehr, sie wird gleichsam von ihren Rändern her nach und nach in Frage gestellt. Seit Bouldings Aufsatz über den Übergang von der Eroberungs- zur Raumschiffökonomik (1966) wird zunehmend deutlicher gesehen, dass die Endlichkeit und begrenzte Substituierbarkeit der naturgegebenen Ressourcen zu einer Begrenzung jedenfalls des materiellen Wachstums führen muss (Costanza et al. 2001), und gegen die Vernachlässigung der unbezahlten Wirtschaftstätigkeiten erhebt sich von vielen Seiten Widerspruch (vgl. Biesecker & Kesting 2003). Doch das Expansionsprivileg des Kapitals ist noch immer mächtig genug, dem ökonomischen Denken über die Verteilung des Wohlstands zwei Tabus aufzuerlegen:

Zum einen darf es sich nicht mit der Eröffnung von Chancen für Wohlbefinden und Verwirklichung beschäftigen, sondern muss sich auf die Verteilung der Einkommen konzentrieren, denn nur diese ist für die Kapitalvermehrung relevant, das Nachdenken über die Verteilung nichtmonetärer Größen wie Subsistenz- oder Bildungschancen dagegen kann ihr abträglich sein. Diese Einschränkung wird einstweilen nur von wenigen Ökonomen zurückgewiesen, namentlich von Sen (2000), der die Theorie der Einkommensverteilung um die Verteilung der „Verwirklichungschancen“ erweitert.

3. Wiederentdeckung des gemeinsamen Handelns

3.1. Die Indifferenz gegenüber dem Ganzen

Zum anderen darf eine kapitalorientierte Ökonomie nicht die „primäre“ Verteilung der Produktionserträge auf die drei Faktoren in Frage stellen, sondern kann sich allenfalls mit nachträglicher Korrektur durch progressive Besteuerung und Einkommenszuschüsse auseinandersetzen. Das ist bis heute so. Eine ökonomische Verteilungstheorie, die an der Quelle ansetzt, gibt es nicht. Sie würde ja die Korrektur des Marktes einschließen, Korrektur durch direkte Eingriffe in die primäre Verteilung der Erträge. Beispielsweise enthielte sie Vorstellungen darüber, dass es Übereinkünfte über die maximale Relation zwischen Mindest- und Höchsteinkommen geben kann und Mittel, diese durchzusetzen und zu kontrollieren.

Dabei wäre aller Anlass, Arbeit, Kapital und Natur nicht nur als Faktoren zu betrachten, die in der Produktion gleichberechtigt zusammenwirken, sondern auch als Teilhaber, die gleichberechtigt Ansprüche an die Erträge der Produktion stellen. Aber der Teilhaber-Aspekt wird ausgeblendet, weil man davon ausgeht, dass die Produktionsfaktoren nach ihrer Leistung – ihrer Produktivität – entlohnt werden. Das wird nicht etwa als Norm aufgestellt und auf deren Einhaltung hin überprüft, es wird als näherungsweise Beschreibung der Realität unterstellt. Da man an diese Fiktion glaubt, kann man die Verteilung der Erträge als Reflex der Produktion auffassen und braucht sie nicht zu problematisieren.

Doch die Verteilung wird zu einem eigenen Problem, wenn sie nicht auf der Leistung, sondern auf der Macht über andere beruht. Und das ist die Regel, die Ausnahme gibt es nur im Modell der vollkommenen Konkurrenz. Es ist die Regel, weil in der Realität die gesellschaftliche Macht bei denen ist, die über den jeweils knappsten – genauer: am wenigsten angebotselastischen – Faktor verfügen (Galbraith 1968, 72). Und wer an der Macht ist, trachtet sie zu behalten, auch wenn ihre Grundlage bereits weggefallen ist. Heute sucht der Faktor Kapital die Knappheit, die an den Faktor Natur übergegangen ist (oben 2.3), durch Stimulierung der Unersättlichkeit der Bedürfnisse (3.2) und durch Produktivitätssteigerungen (2.2), die die Teilhaber von Arbeit und Natur beschneiden (Scherhorn 1997b, 18–25), künstlich aufrechtzuerhalten. Die Folge ist ein dramatisches Ausein-

anderklaffen der rasant steigenden Einkünfte aus Kapital und der gleichbleibenden oder sinkenden Einkünfte aus Arbeit (ebenda), doch in der ökonomischen Diskussion ist die Besorgnis darüber gering.

Darin drückt sich eine Gleichgültigkeit gegenüber dem Ganzen aus, die schon von Polanyi thematisiert wurde. Er brachte die Freistellung des Kapitals mit dem *Fernhandel* in Zusammenhang, dem Handel mit Angehörigen unterlegener Völker, denen gegenüber man sich zu keiner Rücksicht auf ihre andersartige Kultur verpflichtet fühlte. Da sie es nicht erzwingen konnten, respektierte man weder ihre anderen Moralvorstellungen noch ihre fremdartigen Bräuche. Im Mittelalter wurde der Fernhandel vom Binnenhandel strikt getrennt, um die eher am Bedarfs- als am Erwerbsprinzip orientierten heimischen Händler und Handwerker zu schützen; im Ausland aber hatte er freie Hand (Polanyi 1978, 87-101). Auch in der Neuzeit haben die Industrieländer den Wohlstand im Innern erhöht, indem sie durch Abschottung gegen Importgüter und Subventionierung von Exportgütern ihre Kolonien – die heutigen Entwicklungsländer – daran hinderten, eigene Industrien aufzubauen und ihr Austauschverhältnis zu verbessern.

3.2. Die Verselbständigung des Finanzkapitals

Indifferenz gegenüber dem Ganzen ist auch die Ursache des Verlusts von Arbeitsplätzen, der durch *Verdrängungshandel* erzwungen wird, d. h. durch den massenhaften Import von Produkten, die die in der Region selbst hergestellten gleichartigen Produkte verdrängen, weil sie billiger sind als diese (Jenner 1997). Dadurch kann zwar in der importierenden Region das Preisniveau sinken und die Kaufkraft steigen, doch sinkt auch das Einkommen, weil Arbeitsplätze ersatzlos wegkonkurriert werden, und die Wirtschaftstätigkeit geht zurück.

Selbst die reale Produktion wird nicht als Grenze für die Kapitalexpansion betrachtet. Kapital kann sich statt durch Realinvestitionen ja auch durch Finanzanlagen vermehren, durch Kauf von zinstragenden Wertpapieren, durch Spekulation mit Terminals, Devisen, Finanzderivaten, Grundstücken, kurz durch Umverteilung von Erträgen der realen Produktion auf das Finanzkapital. Ein wirksames Mittel, diese Expansion im Zaum zu halten, wäre die Kontrolle und Besteuerung der Einkünfte aus reinen Finanztransaktionen. Weil die reale Pro-

duktion für das unermesslich angewachsene Geldvermögen keine ausreichenden Anlage- und Ertragschancen mehr bietet, verlagern sich die Investitionen zusehends auf das Finanzkapital (Binswanger 1994; Deutschmann 1999); die in Finanzvermögen investierten Gelder steigen weit schneller als das Sozialprodukt, die weltweit umlaufende Geldmenge entfernt sich immer weiter von dem, was für die reale Produktion erforderlich ist, und so gefährdet die unkontrollierte Expansion des Finanzkapitals durch die resultierende weltwirtschaftliche Instabilität nicht nur Arbeit und Natur, sondern selbst das Sachkapital.

Die Diskussion über diese Probleme ist im Gang. Die protektionistische Benachteiligung der Entwicklungs- durch die Industrieländer ist vielen Ökonomen von je her ein Gräuel. Das wirtschaftliche Ausbluten von Regionen wird in Forschungsprogrammen thematisiert. Erwogen werden neue Verfahren einer internationalen Börsenaufsicht (Eichengreen 1999), Spekulationssteuern auf internationale Kapitaltransfers nach dem Muster der Tobin-Steuer (ul-Haq, Kaul & Grunberg 1996) und auf Kursgewinne an den Aktienbörsen (Reuter 1999). Und selbst noch weiter gehende Vorkehrungen gegen die „Überentwicklung der Geldvermögen“ (Creutz 1997, 217ff.) werden diskutiert, wie Hortungsgebühren oder hohe Erbschaftssteuern oder periodischer Schuldenerlass, den es in biblischer Zeit immerhin 300 Jahre lang gegeben hat (Lücker 1999) und der heute vor allem im Nord-Süd-Verhältnis angebracht ist (Stieglitz 2002; vgl. auch www.erlassjahr.de), oder an reale Werte gebundene Komplementärwährungen, wie Lietar (1999) sie vorschlägt.

All das kann das Wirtschaftsdenken an der Peripherie verändern, im Kern berührt wird die kapitalorientierte Ökonomie jedoch erst, wenn ihre Grundannahme revidiert wird. Solange sie gilt, bleiben Fortschritte beim Konzept der Nachhaltigkeit und der sozialen Kosten in den Anfängen stecken, werden die Theoreme der Knappheit und der Unersättlichkeit nur angekratzt, wird das Kapitalprivileg weiter verteidigt, bleibt die Korrektur der primären Einkommensverteilung tabu und setzt sich die Indifferenz gegenüber dem Ganzen immer wieder durch. Die Rede ist von der Annahme, dass der Eigennutz *der* universelle Beweggrund allen menschlichen Handelns sei und das Gemeinwohl am wirksamsten gefördert werde, wenn alle sich von ihrem eigenen, *privaten* Nutzen leiten lassen.

Solange es diese Annahme für richtig und allgemeingültig hält, verschließt sich das ökonomische Denken vor der Einsicht, dass die Substanz der den Menschen gemeinsam anvertrauten Lebens- und Produktionsgrundlagen eben *nicht* mit Handlungsweisen erhalten werden kann, die für den effizienten Umgang mit Individualgütern geeignet sind.

3.3. Kratzspuren an der Grundannahme

Bis vor kurzem hat es sich sogar vor der Wahrnehmung der Gemeinschaftsgüter selbst verschlossen. Für Ökonomen gab es praktisch nur private und staatliche Güter, und der große Raum dazwischen, der Bereich der Gemeinschaftsgüter, die wir kooperativ selbst hervorbringen bzw. erhalten, in Bürgerinitiativen, Vereinen oder NGOs zum Beispiel, wurde ausgeklammert, es galt das Verdikt von Mancur Olson (1965): Immer wenn Menschen die Möglichkeit haben, den Aufwand für ein Gemeinschaftsgut anderen zu überlassen, werden sie auf die Option des Schwarzfahrens ausweichen. Denn wenn das Gemeinschaftsgut auch ohne ihre Beteiligung zustandekommt, stehen sie sich besser, wenn sie sich an den Kosten – z.B. am Zahlen von Beiträgen – nicht beteiligen.

Die Schlussfolgerung aus diesem Kalkül ist, dass die ökonomische Theorie sich mit kollektiven Aktionen, die in freiwilligem Handeln entstehen, nicht zu beschäftigen braucht, denn sie kommen ja gar nicht zustande. Doch das riecht so sehr nach blinder Verteidigung der Grundannahme, dass sich einige Ökonomen, Psychologen und Soziologen nicht mit der Vorstellung abgefunden haben, es sei ökonomisch rational und entspreche der normalen Disposition der Menschen, sich der gemeinsamen Verantwortung für ein Gemeinschaftsgut nach Möglichkeit zu entziehen. Die Überprüfung dieser Vorstellung hat schon vor Olson eingesetzt. Sie begann mit den Kooperations-Experimenten von Deutsch (1949) und hat einen allmählich breiter werdenden Strom von Forschungsergebnissen hervorgebracht, den Kohn in mehreren Publikationen (1986, 1990, 1991, 1993) zusammengefasst hat. Auch Udéhn (1993) hat einen Überblick über die Forschungen vorgelegt, die von Olsons These angeregt worden sind. Danach sieht es ganz so aus, als würde eine alternative Annahme sich weit besser bewähren als die Vorstellung, Menschen orientierten sich allein an ihrem privaten Vorteil.

Die alternative Annahme lautet: Was ihre *innere* Disposition betrifft, so möchten Menschen sich sowohl vom privaten Vorteil als auch von der Rücksicht auf ihre soziale und natürliche Mitwelt leiten lassen. Wenn möglich suchen sie einen Weg, beiden Anforderungen zu genügen. So ist die eigentlich interessante Frage, welche *äußeren* Bedingungen die Kooperation und welche das eigennützige Handeln stärken.

Die beiden wichtigsten Antworten auf diese Frage sind zum einen die von Axelrod (zuletzt 1997) herausgearbeitete Vorstellung der *bedingten Kooperation*, der allgemeinen Einstellung „Ich verhalte mich kooperativ, weil ich annehme, dass es die anderen auch tun; werde ich in dieser Annahme enttäuscht, dann ziehe ich meine Kooperationsbereitschaft zurück,“ und zum anderen der weiterführende Befund von Fehr und Gächter (2002): Kooperatives Handeln wird durch Situationsbedingungen gestärkt, die *Verantwortlichkeit herstellen*, indem sie es erlauben, dass den nicht kooperativ Handelnden fühlbar Missbilligung signalisiert wird. Umgekehrt wird eigennütziges Handeln ermutigt, wenn man erlebt, dass andere sich ungestraft egoistisch verhalten können oder sogar dafür belohnt werden.

In den Kooperationsexperimenten von Fehr und Gächter waren die Teilnehmer darüber informiert, welchen Teil des jedem/jeder zur Verfügung gestellten Anfangskapitals die einzelnen für einen gemeinsamen Zweck investierten. In einem Teil der Experimente hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, einzelne andere für unkooperatives Verhalten mit einer Sanktion (Geldbuße) zu belegen. Das Ergebnis: Unter Sanktionsbedingungen war der Betrag, den die Teilnehmer für den gemeinsamen Zweck investierten, signifikant größer als in Experimenten ohne Sanktion, und er stieg in Folgeexperimenten an, während er im Lauf der Experimente ohne Sanktion sank. In Experimenten mit Sanktionsmöglichkeit haben mehr als 80 % der Teilnehmer wenigstens einmal Sanktionen erteilt, obwohl sie das etwas kostete (sie mussten dafür zahlen) und sie keinen privaten Nutzen davon hatten, denn die Teilnahme wechselte und niemand war in den nächsten Durchgängen mit der gleichen Person erneut zusammen, also konnte man sich oder auch nur der eigenen Gruppe keinen Vorteil davon ausrechnen, dass die sanktionierte Person das nächste Mal kooperativer handeln würde. Das

Erteilen einer Sanktion erwies sich vielmehr als von verletzten Gerechtigkeitsgefühlen motiviert, die sanktionierten Personen haben das auch durchaus akzeptiert und sich in der Folge kooperativer verhalten.

Dieser Befund entspricht einer Erkenntnis der neueren Sozialpsychologie: Die Dichotomie „Egoismus oder Altruismus“ führt in die Irre, Menschen sind prinzipiell zu beidem fähig und auch bereit, weil sie nun einmal sowohl Individuen als auch soziale Wesen sind. Relevant für ihr jeweiliges Verhalten ist, ob die Sozialisations- und Situationsbedingungen eher das eigennützige oder eher das kooperative Handeln stärken. Ein Schlüsselbegriff dafür ist Verantwortlichkeit, exakter bezeichnet mit dem englischen *accountability* („being responsible to an audience with reward or sanction power,“ vgl. Beu 2001). *Accountability* unter Marktbedingungen und in Hierarchien stärkt das eigennützige Handeln, *accountability* unter Kooperationsbedingungen und direkter Kommunikation zwischen Gleichgestellten stärkt das gemeinsame Handeln (Roberts 2001).

Für die Wirtschaftswissenschaften bedeutet das, dass ihr übersteigertes Vertrauen in das eigennützige Verhalten auf Märkten und in Organisationen eben *die* gesellschaftlichen Bedingungen hervorbringt, die die Indifferenz gegenüber dem Ganzen fördern, gemeinsames Handeln verhindern, den Raubbau an den *global commons* als normal erscheinen lassen und der unbegrenzten Kapitalexpansion Vorschub leisten. Doch ist Hoffnung, dass die Dominanz dieses Vertrauens gebrochen und um eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten kooperativen Handelns ergänzt wird, so dass systematisch darüber nachgedacht werden kann, in welchen Fällen kooperatives Handeln und kollektive Aktionen dem Markthandeln vorzuziehen sind und wie die äußeren Bedingungen dafür gestaltet sein müssen. Erst dann wird sich in den Wirtschaftswissenschaften so viel bewegen, dass sie die Herausforderungen des nachhaltigen Wirtschaftens meistern können.

Literatur

- Axelrod, Robert (1997): *The evolution of cooperation*. New York, NY: Basic Books.
Deutsch (1997): *Die Evolution der Kooperation*. München: Oldenbourg.
- Becker, Gary S. (1976): *The economic approach to human behavior*. Chicago: University of Chicago Press. Deutsch: (1982). *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*. Tübingen: Mohr.
- Beu, Danielle (2001): *Accountability as it influences ethical behavior*. Dissertation Abstracts International, 61 (11-A), June, 4451. US: University Microfilms International.
- Biesecker, Adelheit & Kesting, Stefan (2003): *Mikroökonomik*. München: Oldenbourg.
- Binswanger, Mathias (1994): *Wirtschaftswachstum durch „profits without production“?*
In: H. Chr. Binswanger & P. v. Flotow (Hrsg.): *Geld & Wachstum. Zur Philosophie und Praxis des Geldes*, S. 161–185. Stuttgart: Weitzbrecht/Thienemann.
- Bleischwitz, Raimund (1998): *Ressourcenproduktivität*, Berlin: Springer.
- Boulding, Kenneth E. (1966): *The economics of the coming Spaceship Earth*. In: H. Jarrett (Hrsg.), *Environmental quality in a growing economy*, 3–14. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.
- Carson, Rachel (1965): *Silent Spring*. London: Penguin.
- Cobb, Clifford (1991): *Der „Index of Sustainable Economic Welfare“*. In: H. Diefenbacher & S. Habicht-Erenler (Hrsg.): *Neuere Konzepte zur Erfassung von Sozial- und Umweltverträglichkeit*, S. 61–72. Marburg: Metropolis.
- Costanza, Robert; Cumberland, John; Daly, Herman; Goodland, Robert; & Norgaard, Richard (2001): *Einführung in die Ökologische Ökonomik*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Creutz, Helmut (1997): *Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft*. 4. Aktualisierte Auflage. Berlin: Ullstein.
- Cross, Gary (1993): *Time and money. The making of consumer culture*. London/New York: Routledge.
- Daly, Herman E. (1977): *Steady state economics*. San Francisco: Freeman.
- Daly, Herman E. (1993): *The perils of free trade. Economists routinely ignore its hidden costs to the environment and the community*. *Scientific America*, 11, 50–57.
- Daly, Herman E. & Cobb jr., John B. (1994): *For the common good. Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future*. New York: Beacon Press.
- Deutsch, Morton (1949): *An experimental study of the effects of co-operation and competition upon group process*. *Human Relations*, 2, 199–231.
- Deutschmann, Christoph (1999): *Die Verheißung des absoluten Reichtums*. Frankfurt/M.: Campus.

- Diefenbacher, Hans (1995): Der „Index of Sustainable Economic Welfare“. Eine Fallstudie für die Bundesrepublik Deutschland 1950–1992. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Texte und Materialien Reihe B, Nr. 24.
- Eichengreen, Barry (1999): *Toward a New International Financial Architecture. A Practical Post-Asia Agenda*. Washington D.C.: Institute for International Economics.
- Fehr, Ernst & Gächter, Simon (2002). Altruistic punishment in humans. *Nature*, 415 (January), 137–140.
- Galbraith, John K. (1968): *Die moderne Industriegesellschaft*. München: Droemer Knaur. Originalausgabe (1967): *The new industrial state*.
- Harrod, Roy F. (1958): The possibility of economic satiety. Use of economic growth for improving the quality of education and leisure. In: *Problems of United States Economic Development, I*, 207–213. New York: Committee for Economic Development.
- Hartwick, John M. (1977): Intergenerational equity and the investing of rents from exhaustible resources, *American Economic Review*, 67, 972-974.
- Hicks, John R. (1948): *Value and capital*, 2nd. edition. Oxford: Clarendon Press
- Hirschman, Albert O.: *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*. Frankfurt/M. 1980.
- Hoffmann, Johannes & Scherhorn, Gerhard (2002): *Saubere Gewinne*. Freiburg: Herder Verlag.
- Hotelling, Harold (1931): The Economics of exhaustible resources, *Journal of Political Economy* 39, 137–175.
- Jamieson, Dale (1998): Sustainability and beyond, *Ecological Economics* 24, 184.
- Jenner, Gero (1997): *Die arbeitslose Gesellschaft. Gefährdet Globalisierung den Wohlstand?* Frankfurt/M.: Fischer.
- Kapp, K. William (1950): *The social costs of private enterprise*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Kapp, K. William (1956): Sozialkosten. *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, S. 524–527. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kohn, Alfie (1986): *No contest. The case against competition*. Boston: Houghton Mifflin; dt: *Mit vereinten Kräften. Warum Kooperation der Konkurrenz überlegen ist*. Weinheim 1989: Beltz.
- Kohn, Alfie (1990): *The brighter side of human nature. Altruism and empathy in everyday life*. New York: Basic Books.
- Kohn, Alfie (1991): Group grade grubbing versus cooperative learning. *Educational Leadership*, 48, Nr. 5, 83–87.
- Kohn, Alfie (1993): *Punished by rewards. The trouble with gold stars, incentive plans, A's, Praise, and other bribes*. Boston: Houghton Mifflin Comp.
- Lietar, Bernard A. (1999): *Das Geld der Zukunft*. Gütersloh: Riemann/Bertelsmann.

- Lücker, Klaus F. (1999): Biblische Erlassstraditionen und ihre theologisch-ethische Adaptation. In: Misereor (Hg.): Es gelte euch als Jubeljahr, S. 77–88. Aachen: Misereor Medienproduktion (Berichte und Dokumente 12).
- Max-Neef, Manfred (1995): Economic growth and quality of life: a threshold hypothesis. *Ecological Economics*, 15, 115–118.
- Neumayer, Eric (1999): *Weak versus strong sustainability.*, Cheltenham/UK: Elgar.
- Olson, Mancur (1965): *The logic of collective action. Public goods and the theory of groups.* Boston, Mass.: Harvard University Press. Deutsch (1986): *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen.* Tübingen: Mohr.
- Ott, Konrad (2001): Eine Theorie „starker“ Nachhaltigkeit. *Natur und Kultur*, 2/1, 55–75.
- Pearce, David W., Markandya, Anil & Barbier, Edward B. (1989): *Blueprint for a green economy.* London: Earthscan.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.* Frankfurt/Main: Suhrkamp. Englische Originalausgabe 1944.
- Reuter, Edzard (1999): Ratlose Zauberlehrlinge. *DIE ZEIT*, Nr. 50, 9.12.99, S. 3.
- Roberts, John (2001): Trust and control in Anglo-American systems of corporate governance: The individualizing and socializing effects of processes of accountability. *Human Relations*, 54 (12), 1547–1572.
- Sahlins, Marshall D. (1972): *Stone age economics.* Chicago, Ill.: Aldine Atherton.
- Scherhorn, Gerhard (1994): Die Unersättlichkeit der Bedürfnisse und der kalte Stern der Knappheit. In: Bernd Biervert; Martin Held (Hg.). *Das Naturverständnis der Ökonomie*, S. 224–240. Frankfurt/M.: Campus.
- Scherhorn, Gerhard (1997a): Das Ganze der Güter. In: K.M. Meyer-Abich (Hg.): *Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens*, S. 162–251. München: Beck.
- Scherhorn, Gerhard (1997b): Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie, Wuppertal Spezial 7.
- Scherhorn, Gerhard (2001): Nachhaltigkeit und Kapitalismus. Ethische Reflexion ökonomischer Ziele. In: G.Altner & G. Michelsen (Hg.): *Nachhaltigkeit und Ethik*, S. 134–154. Frankfurt: VAS Verlag.
- Scherhorn, Gerhard & Wilts, C. Henning (2001): Schwach nachhaltig wird die Erde zerstört. *GAIA* 10, 4/2001, 249–255.
- Scherhorn, Gerhard (2002): Wie werden Märkte nachhaltig? Replik auf die Kommentare von V. Radtke, M. & C. Wehrspau, K. Ott und J. Luhmann. *GAIA* 11, 2/2002, 89–90.
- Solow, Robert (1974): The Economics of resources or the resources of Economics, *American Economic Review*, 64, 2 (1974) 1–14.
- Stahlmann, Volker (2002): Rechnungswesen. In: BUND & UnternehmensGrün (Hg.), *Zukunftsfähige Unternehmen*, S. 162–176. München: Ökom Verlag.

- Stieglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung*. Berlin: Siedler.
- Udén, Lars (1993): Twenty-five years with the logic of collective action. *Acta Sociologica*, 36 (3), 239–261.
- ul-Haq, Mahbub, Kaul, Inge & Grunberg, Isabelle (1996): *The Tobin Tax: Coping with financial volatility*. Oxford: Oxford University Press.
- Wallerstein, Immanuel (1986): *Das moderne Weltsystem. Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Syndikat. Originalausgabe (1974): *The modern world system*. New York: Academic Press.
- von Weizsäcker, Ernst Ulrich (1992): *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. 3. Aufl., Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- World Commission on Environment and Development (1987): *Our common future*. Oxford: Oxford University Press.
- Xenos, Nicholas (1989): *Scarcity and modernity*. London: Routledge.

Helge Majer

Nachhaltigkeitsoffensive für die regionalen Unternehmen – der Ulmer Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung¹

Welchen Nutzen bringt eine Nachhaltigkeitsoffensive?

Eine lokale Nachhaltigkeitsoffensive bringt letztlich Nutzen für alle Beteiligten, also allen Akteuren, nicht nur der Wirtschaft. Bei Nachhaltigkeitsoffensiven sind immer alle Akteure angesprochen, als Betroffene, Verantwortliche oder als Experten, und dies in unterschiedlicher Bedeutung, je nach dem Projekt, das gerade verfolgt wird. Soll ein Strukturwandel für Nachhaltigkeit in der Wirtschaft angestoßen werden, dann stehen natürlich die Akteure Unternehmer, Firmenmitarbeiter und die Stadt oder Kommune im Mittelpunkt. Doch es wäre ein grober Fehler, alle anderen aus der Betrachtung auszuschließen. Es könnte sein, dass das Kulturamt mit seinen Beziehungen zur Lösung eines wichtigen Problems beiträgt; wer hätte das am Anfang gedacht?

¹ Ich widme diesen Beitrag Manfred Linz, der heuer 75 Jahre alt wurde, und dem ich die Schritte eins, zwei, drei und fünf meiner Beschreibung verdanke. Eine ausführliche Fassung erscheint in Peter Guggemos (Hrsg.), Bürgermeister Handbuch. Von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen, Augsburg 2002 (Kognos Verlag).

Tabelle 1: Akteure einer Nachhaltigkeitsoffensive

A. Öffentliche Akteure

Politik (OB, Gemeinderäte)

Verwaltung (Dezernenten, Beschäftigte)

Öffentliche Körperschaften (Hochschulen, Arbeitsämter, andere)

B. Halböffentliche Akteure

Interessengruppen

Vereine

Nicht-Regierungs-Organisationen

Andere

C. Private Akteure

Haushalte

Kleine und mittlere Unternehmen

Großunternehmen

Weitere

Es lässt sich für viele Beispiele zeigen, dass nach einer Nachhaltigkeitsoffensive am Ende alle Beteiligten „gewonnen“ haben, das heißt, dass sie ihre eigene Position nicht verschlechtert haben, die meisten haben sie sogar verbessert. Dabei treffen in unterschiedlichem Maße die folgenden Argumente zu:

- Die Öffnung des Blicks für das Ganze, nämlich die Nachhaltigkeit, überwindet die enge, und oft reaktive und pessimistische Sicht für den Umweltschutz; sie bettet diesen ein in Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Blick ist nach vorne gerichtet, weist hin zu neuen Chancen und gibt eine tragfähige Vision für die Zukunft.
- Das partizipative Element der Nachhaltigkeit bindet alle relevanten Akteure ein. Dies mag zunächst zeitraubend und umständlich sein, vor allem dann, wenn die „Umsetzer“ in solchen Prozessen keine Erfahrung aufweisen; aber Partizipation vermindert oder verhindert zeit- und kostenintensive Reparaturen oder gerichtliche Auseinandersetzungen. Kooperative Lösungen sind allemal tragfähiger als eilige Einzelentscheidungen.
- Die breit abgestützte Vorbereitung weckt kreative Potenziale in der Bevölkerung, wobei meist Einzelne bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

- Die langfristige Planung und Prozessbegleitung reduziert Risiken und baut Unsicherheiten ab. Damit werden Projekte stabilisiert.
- Die Transparenz von politisch-ökonomischen und sozialen Prozessen und Projekten wird erhöht. Damit wird die Gelegenheit zu polemischen und einseitigen Schuldzuweisungen verringert, auch wenn – natürlich – für die Durchführung von Projekten eindeutige Verantwortung bestehen muss.

Der Ulmer Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung e.V. (unw), 1993 ein Jahr nach Rio gegründet, hat sich wesentlich an vier Schritten orientiert, die Manfred Linz vorgeschlagen hat, und sie durch eigene Erfahrung mit zwei weiteren Schritten ergänzt.

Erster Schritt: Den Sinn und die Notwendigkeit der Veränderungen vermitteln

Wenn es um Veränderungen geht, können wir unterscheiden zwischen intrinsischer und extrinsischer Motivation. Extrinsische Motivation kommt von außen; den Akteuren wird von einem Dritten, der Verwaltung zum Beispiel, nahe gelegt, ihr Verhalten zu verändern. Der Veränderungsprozess bleibt nur bestehen, wenn die Impulse von außen anhalten. Der Prozess ist fremdbestimmt. Dagegen treibt intrinsische Motivation die Akteure selbstverantwortlich von innen an. Es ist offensichtlich, dass in einer Gesellschaft mit weitgehend aufgeklärten (mündigen) Bürgerinnen und Bürgern (Zivilgesellschaft) die intrinsische Motivation im Vordergrund stehen muss. Wie können also die gesellschaftlichen Akteure dazu motiviert werden, aus eigener Überzeugung heraus ihre Lebensstile und Wirtschaftsweisen nach einem neuen Leitbild, der Nachhaltigkeit, zu verändern? Es geht darum, dass die Akteure sich die Konzeption der nachhaltigen Entwicklung zu eigen machen; diese Konzeption sollte für die intrinsische Motivation verinnerlicht werden.

Um den Sinn zu vermitteln, müssen wir die Bedeutung von Nachhaltigkeit vermitteln. Man stützt sich in der Regel vereinfachend auf die so genannten Drei-Säulen-„Theorie“, die vor allem von der Enquete-Kommission zum Schutz des

Beispiel: Gutes Leben und gutes Wirtschaften

Am einfachsten lässt sich Nachhaltigkeit als Leitbild für intrinsische Motivation vermitteln, wenn man sagen kann, nachhaltiges Leben bedeute „gutes Leben“, und nachhaltiges Wirtschaften bedeute „gutes Wirtschaften“. Dies ist in der Tat so. Versucht man, mit ausgewählten Akteursgruppen Bedeutungszuweisungen von Nachhaltigkeit zu erarbeiten, dann gelangt man zu dem Ergebnis, dass die Akteure

- gutes Leben dadurch kennzeichnen, indem sie sagen, ein ausreichendes Einkommen, soziale Sicherheit und intakte Umwelt sowie ein Bündel weiterer (eher diffuser) Faktoren sei dafür wesentlich.
- Gutes Wirtschaften bedeute, alle Produktionsmittel – Arbeit, Kapital und Boden gleichermaßen – für die Produktion (im weitesten Sinne) von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen einzusetzen.

Beides heißt jedoch, die ökonomischen Aspekte mit den sozialen und denen der Umwelt zu verknüpfen, und das ist Nachhaltigkeit.

Menschen und der Umwelt herausgestellt wurde: Nachhaltige Entwicklung heißt, Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl wirtschaftlich, als auch umwelt- und sozialverträglich sind. Ökonomie, Ökologie und Soziales sollen verknüpft werden. Diese Sichtweise von Nachhaltigkeit kann erweitert werden um zusätzliche „Säulen“: Kulturelle Vielfalt, politische Steuerungsmöglichkeit und andere. Allerdings müssen wir sehen, dass dies nur einen Teil aus einer ganzheitlichen Sicht von Nachhaltigkeit ausschneidet, die einen normativen (ethischen) und positivistischen (praktischen) Aspekt umfasst. Diese ganzheitliche Konzeption von Nachhaltigkeit muss immer im Hintergrund präsent sein, wenn wir daran gehen, ihren praktischen Sinn zu erarbeiten und zu vermitteln.

Die entscheidenden Elemente von Nachhaltigkeit sind wohl Gerechtigkeit, Langfristigkeit und breite Sichtweise. Für die Verwaltung bedeutet dies eine große Herausforderung. Gerechtigkeit bedeutet, eigene Interessen zurückstellen, Langfristigkeit heißt, sich von den Zyklen der Politik und des Tagesgeschehens abzukoppeln, und breite Sichtweise bedeutet, immer das Ganze im Auge zu haben, auch wenn die Lösung von Teilen (z.B. bei einzelnen Wählergruppen) angesteuert werden muss. Andererseits liegen in diesem Ansatz auch große Vorzüge: Intellektuelle Befriedigung, Krisensicherheit, Konsensbildung, Einbindung von

Kreativität, Akzeptanz. Es zeigt sich rasch, dass Nachhaltigkeit für verschiedene Akteure und Akteursgruppen unterschiedliche Bedeutungen aufweist. Warum sagen wir nicht einfach: Nachhaltigkeit bedeutet gutes Leben und gutes Wirtschaften? Wir fordern die Akteure und Akteursgruppen auf, das „gut“ zu beschreiben und mit Bedeutung zu füllen.

Ich gehe davon aus, dass unterschiedliche Akteursgruppen verschiedene Vorstellungen entwickeln, was für sie Nachhaltigkeit bedeuten könnte. In der regionalen Politik ist es wegen der Nähe der Akteure zur umsetzenden Organisation möglich, die Bedeutungszuweisungen im Diskurs mit den Akteuren zu erarbeiten, und zwar an Runden Tischen oder in Arbeitsgruppensitzungen. Diese Veranstaltungen sollten von einem erfahrenen Mediator oder Moderator geleitet werden. Mit der reinen Begriffsarbeit werden zwangsläufig auch die Themen angesprochen, die bei unveränderten Wirtschaftsweisen und Lebensstilen zu negativen Folgen für die Gesundheit von Mensch und Natur führen. Die damit verbundenen Einsichten sollen sowohl kognitiv als auch emotional wirken. Die erzeugte Betroffenheit setzt den Keim für eine Veränderung des Verhaltens.

Zweiter Schritt: Glaubwürdigkeit der umsetzenden Akteure

Die neue Vision der Nachhaltigkeit wird von Akteuren oder Akteursgruppen umgesetzt, die aus dem öffentlichen, halb-öffentlichen oder privaten Bereich kommen. Öffentliche Akteure müssen sich in der Regel nicht der Frage nach ihrer Legitimität stellen; oft genug sind jedoch die Vorurteile gegenüber „der Politik“ so groß, dass Umsetzungsaktivitäten von Anfang an erschwert sind. Bei den privaten oder halb-öffentlichen Akteuren stellt jedoch fast jeder und jede die Frage nach den Interessen, den Motiven, Geldgebern etc. Eine glaubwürdige Antwort hierauf, die den Prozess gegenseitiger Vertrauensbildung nicht blockiert, ist sehr wichtig.

Wer oder was könnte bewirken, dass Glaubwürdigkeit gegeben ist? Ich sehe die folgenden Begründungen:

- Christlicher Glaube, Kirche,
- Wissenschaft, Wahrheitssuche,

- interdisziplinäre Forschung,
- hochkarätiger Wissenschaftlicher Beirat,
- breite, vielfältige Mitgliedergruppe,
- glaubwürdige Meinungsäußerungen und Aktivitäten.

Der Ulmer Initiativkreis (unw) hat sich auf die Punkte zwei bis fünf verlassen. Wissenschaft und breite Mitgliederstruktur, in der sich die Stadtgesellschaft in einem Mikrokosmos abgebildet sieht, haben sich gut bewährt. Die breite Mitgliederschaft, heterogen in Bezug auf Alter, Geschlecht, berufliche Stellung, Religions- und Parteizugehörigkeit, kann auch bei der Umsetzung helfen, denn die Projektarbeit verlangt spezifische Kompetenzen z.B. des Lehrers, der Verwaltungsangestellten, des Unternehmers, der Ärztin, wenn es um Initiativen in Schulen, in der Verwaltung, in der Wirtschaft oder in Kliniken geht. Jede dieser Akteursgruppen ist durch eine andere „Kultur“ („die“ Ärzte) geprägt, die Außenstehende nicht kennen.

Dritter Schritt: Umsetzungsarchitektur sorgfältig vorbereiten und implementieren

Eine Umsetzungsarchitektur ist die konsistente und umfassende Zuordnung von Umsetzungszielen, Akteuren und (operativen und strategischen) Maßnahmen. Die einzelnen Elemente dieser Umsetzungsarchitektur gehen aus der folgenden Tabelle 2 hervor. Diese Elemente müssen im Diskurs mit den beteiligten Akteuren gemeinsam erarbeitet und sorgfältig zusammengefügt werden. Der Ulmer Initiativkreis (unw) hat sich durchweg auf die in der rechten Spalte der Tabelle 2 aufgeführten Elemente konzentriert.

Der Versuch, die Aktivitäten und Einsichten der umsetzenden Akteure (unw) so mit den gewählten oder in anderer Weise legitimierten Akteuren (OB, Verwaltung, Gemeinderäte, andere) zu konfrontieren, damit an einem Streitort mit einer konstruktiven, auf gegenseitigem Vertrauen basierten Streitkultur gemeinsam eine tragfähige (nachhaltige) Lösung erarbeitet werden kann, muss als entscheidende Aufgabe der Umsetzungsarchitektur bezeichnet werden. Hieran zeigt

Tabelle 2: Elemente einer Umsetzungsarchitektur

| | | |
|------------------------|---------------------------------------|---|
| Lenkungsprinzip | Hierarchisch-regulativ | Partizipativ-diskursiv |
| Kommunikationsstruktur | ego-zentrisch | poly-zentrisch |
| Innovationsort | Vorstand, Verwaltung | Arbeitskreise |
| Streitort | Vorstand, Verwaltung | Forum, Ausschuss |
| Streitkultur | Konkurrenz, Zuständigkeiten, Einfluss | Vertrauen, Kooperation, gemeinsame Lösung |
| Akteure | Individuell/Gruppen, private | Institutionell, öffentliche |
| Ortsbezug | Global | Lokal |
| Dynamik | Statusorientiert | Prozessorientiert |
| Vorgehen | Isoliert-autonom | Eingebettet |
| Zielfokus | Allgemein | Projektbezogen |
| Theorie | Ad hoc | Theoretisch basiert |
| Umsetzungsmechanismen | Erlass, Oktroi | Begleitender Prozess, Diskurs |
| Finanzierung | Öffentlich | Privat, gemischt |

Quelle: Helge Majer, 2001b

sich der langfristige Erfolg einer Nachhaltigkeitsoffensive: wenn die gewählten oder in anderer Weise legitimierten Vertreter und Vertreterinnen der Politik und Verwaltung die bürgerschaftliche Partizipation als eine wesentliche Chance und Erweiterung ihrer Aktivitäten begreifen. Funktioniert dieses Zusammenspiel nicht und versanden die Impulse, dann ist die Umsetzung mittel- und langfristig zum Scheitern verurteilt.

Beispiel: unw Infrastruktur

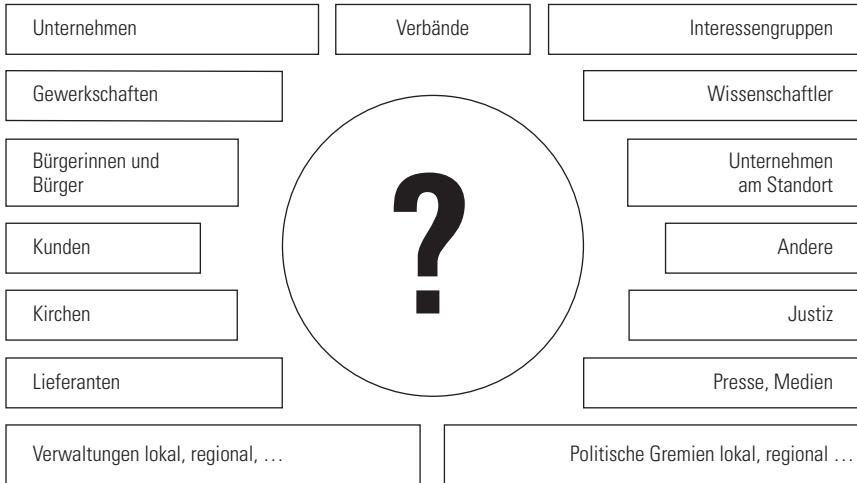
Der Aufbau (die Infrastruktur) des unw ergibt sich aus der Satzung des eingetragenen Vereins und den Ergebnissen regelmäßiger Strategiediskussionen. In der folgenden Tabelle 3 zeigen sich die wesentlichen Elemente: Vorstand (tagt monatlich), Mitgliederversammlung und Wissenschaftlicher Beirat (tagen jährlich), Forschungsgruppe (arbeitet regelmäßig) und Runde Tische. Flankiert wird dies durch zahlreiche weitere Aktivitäten (Projekte), insbesondere Diskussionsrunden, persönliche Gespräche und Veranstaltungen.

Tabelle 3: unw Infrastruktur

| Vorstand | 2 Unternehmer | 2 Wissenschaftler | andere |
|---|---------------|--|---|
| Forschungsgruppe Zukunftsfragen | | Wissenschaftlicher Beirat | Dezentrale Projektgruppen |
| 2–3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen | | 14 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus vielen Disziplinen | |
| Mitgliederversammlung / Strategiediskussion | | | Mediationsbasierte Runde Tische |
| 35% Unternehmen 20% Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen 45% Bürgerinnen und Bürger ca. 130 Mitglieder (2002) | | | Unternehmer Amtsleiter Energieanbieter Bürger Handwerker (Schulleiter) |

Die Kunst besteht darin, zu einer Zusammensetzung der Koordinationsgremien zu gelangen, die selbstorganisatorische Stabilität gewährleistet. Dafür ist Repräsentanz (negativ gesagt: ein gewisser Proporz) sowie Originalität nötig. Wahrscheinlich ist eine rein fachliche Spezialisierung nicht die beste Lösung; Querdenker und ein ausgesprochener Außenseiter (z.B. der Spielleiter des Theaters oder der Coach der lokalen Basketballmannschaft) mögen die angestrebte Katalysatorwirkung unterstützen.

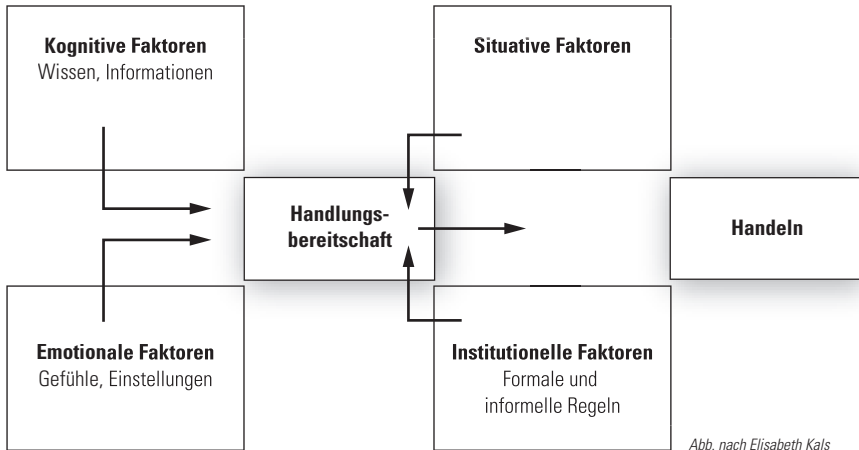
Wer sind die Kernakteure ?



Auch die Auswahl der Akteure ist keine triviale Aufgabe. Die wichtigste Frage lautet: Wer sind die Kernakteure? Wenn in einer Nachhaltigkeitsoffensive die Schlüsselpersonen für die betreffende Problematik nicht eingebunden werden, ist der Keim des Scheiterns eingebaut. Dann hilft auch die beste Strategie wenig. Eine Nachhaltigkeitsoffensive soll so breit wie möglich vorgehen und alle relevanten Akteure einbinden, aber sie soll sich gleichzeitig auf diejenigen Akteure konzentrieren, die als entscheidende „Hebel“ für die Umsetzung angesehen werden können. So wird bei einer Offensive für und mit der Wirtschaft diese natürlich im Zentrum stehen. „Flankierend“ müssen aber alle anderen wichtigen Akteursgruppen eingebunden werden.

Ein sehr wichtiges Element der Umsetzungsarchitektur ist die theoretische Fundierung. Der anfängliche Irrweg des unW kann sehr anschaulich am Handlungsmodell von Elisabeth Kals gezeigt werden (Abb. S.54). Die starke Dominanz von Wissenschaftlern im unW führte dazu, dass die Handlungsbereitschaft der regionalen Akteure vor allem über einen kognitiven Pfad hergestellt werden sollte. Dies schlug sich nieder in einer klugen und professionellen Aufbereitung von Informationsmaterial, der Durchführung von fast perfekt organisierten Veranstaltungen,

Idee und Handeln



Ausstellungen, etc. Fast alle Maßnahmen zielten auf den „Kopf“ und die Ratio der Menschen. Der Erfolg dieser Anstrengungen wollte sich nicht einstellen. Wir konnten uns dies nicht erklären. Ein Symposium der unW-Aktivistinnen mit den Umweltpsychologinnen Prof. Dr. Lenelis Kruse-Graumann und PD Dr. Elisabeth Kals brachte die Erkenntnis, dass die bisherige Umsetzungsstrategie unvollständig war. Die Beschäftigung mit der Handlungstheorie von Elisabeth Kals brachte die Einsicht, dass im Umsetzungsprozess wesentliche Elemente vergessen worden waren:

- Emotionen („das Herz“),
- situative Faktoren (z.B. Autofahrer-Argumente wie Wetter, Verfügbarkeit, Transport eines Bernhardiners, Allergie gegen Knoblauch im Bus),
- institutionelle Faktoren (z.B. Autofahrer-Argumente wie teure Fahrpreise, unzulänglicher Fahrplan, soziale Stellung).

Natürlich weiß jeder und jede, dass langfristiges Denken, Planen und Vorausdenken Hetze, Stress und Frustration bei den Beteiligten vermeidet. Außerdem nehmen die Fehler dramatisch ab. Dies durchzuführen (und durchzustehen) ist eine unerlässliche Managementaufgabe bei der Umsetzung einer Nachhaltigkeitsoffensive.

Die meisten Umsetzungsaktivitäten werden mit (sozialen) Netzwerken bewältigt. Die Basis von Netzwerken ist durch Vertrauen gegeben. Vertrauen muss hartnäckig und mit Vorleistungen versehen erarbeitet werden. Deshalb ist es sinnvoll, sich etwas mit Netzwerken zu beschäftigen. „Ein soziales Netzwerk ist eine relativ dauerhafte, informelle, personengebundene, vertrauensvolle, reziproke, exklusive Interaktionsbeziehung, heterogener, autonomer, strategiefähiger, aber interdependenter Akteure, die freiwillig kooperieren, um einen Surplus-Effekt zu erzielen, und daher ihre Handlungsprogramme koppeln“ (Johannes Weyer, 1987, S. 64). Wichtig ist, dass sich jeder Akteur darauf verlassen kann, ein Äquivalent dessen, was er oder sie ins Netzwerk eingespeist hat, irgendwann (in anderer „Münze“ vielleicht) wiederzubekommen (Reziprozität). Wichtig ist auch, dass das Netzwerk offen ist (loose coupling) und Lernimpulse von außen zulassen kann.

Netzwerkbeziehungen konstituieren sich durch Ziele, Aktivitäten und Ressourcen der Akteure. Netzwerke verändern sich, wenn Ziele und Ressourcen sich verändern, wenn Lernen auftritt und Machtverschiebungen bewirkt werden können. Alle genannten Faktoren bedingen sich gegenseitig. Veränderungen von Ressourcen sind entscheidend. Sie können Veränderungen in den Zielen und in der Verteilung von Macht bewirken. Der Hebel der (immateriellen) Ressourcen erweist sich als sehr wirkungsvoll. Ohne Lernprozesse sind diese Veränderungen jedoch mit Verhärtungen verbunden, die für den Umsetzungsprozess kontraproduktiv wirken. Entscheidend ist dabei, dass sich alle an einem Problembereich beteiligten Akteure miteinander um gemeinsame Lösungen bemühen.

Die Umsetzungsarchitektur mit der Wirtschaft muss einige Besonderheiten beachten: Unternehmer und Manager in der Wirtschaft

- sind meist weitgehend unabhängig in ihren Entscheidungen,
- sehen ihre Firmen nicht als integrierten Teil der Gesellschaft,
- stehen dem politischen Prozess mit wenig Verständnis gegenüber,
- denken und handeln oft kurzfristig,
- wollen bei Umwelthandeln einen Geldnutzen erkennen,
- sind von Gewerkschaften und Umweltschützern oft massiv angegangen worden,

- stehen unter immensem Leistungs- und Zeitdruck,
- sind sehr kooperativ und innovativ, wenn man sie von einer Idee überzeugen kann.

Hätte die Umweltbeauftragte der Stadt den Auftrag, Unternehmen der Wirtschaft für nachhaltiges Wirtschaften zu gewinnen, dann würde sie wahrscheinlich kaum auf die Idee kommen, Wirtschaft, Verwaltung, Handwerk, Bürger und Energieverantwortliche gleichzeitig anzusprechen. Dies ist aber nach den Erfahrungen des Ulmer Initiativkreises der entscheidende Punkt: Die Unternehmen der Wirtschaft einzubinden in eine breite Aktion, die geeignet ist, das „Klima“ in der Stadt für Nachhaltigkeit zu verändern. Wichtig ist dabei, dass die Unternehmer auch sehen, dass Oberbürgermeister, IHK-Präsident und andere herausragende Persönlichkeiten der Stadt das Projekt unterstützen („beschrmen“).

Beispiel: Runde Tische

Der unW hat eine Serie von Runden Tischen organisiert, die um ein Unternehmergespräch mit Top-Managern der Wirtschaft aus der Region gruppiert waren. Das war mit „die Unternehmer einbinden“ gemeint: die Runden Tische tragen dazu bei, dass in der Stadt oder Region eine Atmosphäre entsteht, in der Nachhaltigkeit gedeiht. Nachhaltigkeit wird zum Stadtgespräch. Aus der folgenden Tabelle 4 gehen die Runden Tische des unW hervor. Ansprechpartner waren immer die Verantwortlichen.

Immer wieder hört man auf Veranstaltungen die Klage, die Unternehmer seien nicht gekommen. Wenn die Veranstaltung nicht hochkarätig besetzt, professionell vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet und den Unternehmern vertraut ist, wird diese Klage nicht verschwinden. Am Erfolg versprechendsten ist es jedoch, die Unternehmen in ihren Vorstandsetagen persönlich aufzusuchen und mit ihnen über die Chancen und Risiken einer Nachhaltigkeitsoffensive zu sprechen. Dabei ist es sinnvoll, von einem „Übersetzer“ begleitet zu werden, der ebenfalls Unternehmer ist und zu dem der Adressat direkte oder indirekte Beziehungen unterhält. Bei der Planung der Besuche ist die Reihenfolge wichtig: die

| Tabelle 4: Runde Tische des unw | | |
|------------------------------------|---|--|
| Teilnehmerkreis | Themen | Durchschnittliche Anzahl der jeweiligen Teilnehmer/ Anzahl der Runden Tische |
| unw-Unternehmergespräch | Umweltziele, Öko-Audit, Öko-Marketing, Umwelthaftung, Contracting | 20 Manager/8 |
| unw-Amtsleitergespräch | Umweltverwaltung, nachhaltige Stadt | 15 Amtsleiter/3 |
| Energiewirtschaftlicher Projektrat | Nachhaltige Energieversorgung für das Baugebiet Wanne und „angrenzende“ Themen (z.B. Wärmespeicher). Neu: Energiewirtschaftliche Bereiche der Altbausanierung | 10 Verantwortliche (Leiter) des „Energieangebots“/18, zudem Sitzungen von Arbeitsgruppen |
| unw-Bürgergespräch | Möglichkeiten der eigenen Energieeinsparung im Haushalt und Verkehr | 16 Bürgerinnen und Bürger, Zufallsauswahl, 6 Sitzungen mit je 3 Std. Ergebnis: „Bürgergutachten“ |
| unw-Junghandwerkergespräch | Ganzheitliche (kooperative) Energie und Kosten sparende Altbausanierung („Mustersanierung“) | 18 Junghandwerker aus allen Gewerken/12 |

herausragenden Unternehmer, an denen sich viele andere orientieren, müssen zuerst umworben werden.

Wie lauten die Erfolgsfaktoren? Kenntnis der Beziehungsmuster („Netzwerke“) in der Stadt, Engagement wichtiger Persönlichkeiten der Stadt (z.B. OB, Bau- und Umweltbürgermeister, Rektoren, Professoren, etc.), hohe Qualität der Veranstaltungen, Langfristorientierung, unkonventionelles Handeln, taktische Flexibilität bei strategischer Verlässlichkeit der Ziele, konkrete Projekte durchführen (Enquete-Kommission zum Schutz des Menschen und der Umwelt).

Auch die Hemmnisse einer Nachhaltigkeitsoffensive müssen in der Umsetzungsarchitektur berücksichtigt werden. Eigentlich stellt man beim Lesen der einzelnen Punkte fest, dass sie alle als selbstverständlich anmuten: Chronischer Termindruck und Zeitmangel der Verantwortlichen, Besitzstände und Machtpositionen, angebliche Entscheidungsunfähigkeit wegen fester Rahmenbedingungen (z.B. Steuergesetze, Verordnungen, globale Märkte), keine rasch sichtbaren Ergebnisse (Ungeduld). Das Problem für die umsetzende Organisation besteht darin, diese Punkte selbst zu reflektieren. Das bedeutet, dass man sich selbst darüber klar werden muss, wie die eigene Rolle beschrieben werden kann und wie man selbst von außen gesehen wird. Ein solcher Prozess fällt den Mitgliedern einer Verwaltung, die in den täglichen Terminzwängen eingespannt sind, immens schwer. Wie soll man die Ruhe finden, solche Gedanken zu reflektieren. Es führt daran aber kein Weg vorbei; wer sich pro-aktiv mit den Hemmnissen eines Projektes auseinandersetzt, kann sie besser überwinden.

Vierter Schritt: Die umzusetzenden Maßnahmen sollten gerecht sein

Veränderungen sind mit Strukturwandel verbunden. Dies bedeutet, dass einzelne Akteure gewinnen, andere verlieren. Gerechte Lösungen sind solche, die die Gewinne der Gewinner etwas zurückfahren und die Verluste der Verlierer kompensieren; erst dann kann man in die Nähe von Win-win-Lösungen kommen. Gerechte Lösungen lassen sich an Runden Tischen durch Aushandlung annähern. Dies war die Strategie des unw: an Runden Tischen eine Streitkultur entwickeln, auf deren Grundlage es möglich ist, optimale Lösungen zu finden. Die Tabelle 4 (oben) zeigt die Runden Tische, die der unw seit 1993 durchgeführt hat.

Runde Tische sind nicht gerade eine Maßnahme, die mit Erfolgsfaktoren verknüpft wird. Man denkt dabei eher an ineffiziente Gesprächskreise mit relativ unstrukturierten Auftritten von Selbstdarstellern oder Machern, die nur den durchzuführenden Maßnahmenkatalog mitteilen. Das ist aber ein Missverständnis: dort sind schlampig moderierte Arbeitskreissitzungen gemeint. Mediationsbasiert bedeutet etwas ganz anderes, wie die folgende Tabelle 5 zeigt.

Tabelle 5: **Mediation und Moderation**

| Herkömmliche Moderation von Runden Tischen | Mediationsbasierte Runde Tische |
|---|--|
| eher positionell orientiert | eher diskursiv orientiert |
| praxisgeleitet | theoriegeleitet |
| feststehendes Diskursziel | offenes Diskursziel |
| die Teilnehmer sind Interessenvertreter und potenzielle Gegner | die Teilnehmer sind potenzielle Kooperationspartner |
| Problemlösung besteht in Sieg oder Niederlage und notgedrungenen Kompromissen | Problemlösung beinhaltet Aufklärung, Information, Erkenntniszuwachs, Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen |
| Moderator ist mit allgemeinen Kriterien beschrieben | Mediator ist Schlüsselperson im Aushandlungsprozess und wird durch spezifische Kriterien beschrieben (Vertrauen, Neutralität, soziale und fachliche Kompetenz, angemessener sozialer Status) |
| eher Ad hoc-Funktionen | spezifische Funktionen der Runden Tische (Anstiftung, Vermittlung, Koordination, Beratung und Qualifizierung) bestimmen die Zusammensetzung der Runden Tische mit Verantwortlichen, Betroffenen und Experten |
| Teilnehmer nehmen auch nicht freiwillig teil | alle Teilnehmer nehmen freiwillig teil, sind mit dem Mediator einverstanden |
| zentriert auf Moderator | zentriert auf Gruppe |
| außenorientiert | selbstreflektiv |
| implizite Regeln | explizite Regeln |
| partikulare Interessen | gemeinsames Interesse |
| lose Organisation | sorgfältige Vorbereitung nach vorgegebenem Zeitplan |
| eher kein Mandat | akzeptiertes inhaltliches und zeitliches Mandat |

Fünfter Schritt: Konkrete Projekte durchführen, die breit kommuniziert werden

Die Projekte sind sehr weit gefasst. Darunter verstehe ich alles, was Menschen mit ihren fünf Sinnen aufnehmen können: lesen, hören, riechen, sehen und fühlen. In dieser Vielfalt kann sich Phantasie und Kreativität entfalten. Es ist wichtig, für diese Präsentationen einen Fachmann zur Hand zu haben. Der unW kann auf die kompetente Beratung und Unterstützung eines Kommunikationsdesigners zurückgreifen. Dies hat sich als unerlässlich für den Erfolg herausgestellt. Die Projekte haben den Zweck, Vorbildliches zu kommunizieren und zum Nachmachen anzuregen.

Beispiel: unW-Projekte

Die erste Serie von Projekten muss sorgfältig geplant werden. Nach einigen Jahren ergeben sich selbstorganisatorische Prozesse: viele Projekte werden zu Selbstläufern. Im Folgenden gebe ich einige Beispiele aus der Arbeit des unW; diese Projekte wurden angestoßen oder selbst durchgeführt:

- EMAS – fünf zertifizierte Firmen nach der Öko-Audit-Verordnung der EU,
- bilaterale Kooperationsprojekte (z.B. zwischen Moco und der Fernwärme Ulm),
- Siedlung von Niedrigenergie-Häusern,
- Solarprojekte,
- Koordination von Abfällen, Beschaffung und Flächenmanagement (Netzwerk Donautal),
- Ausstellung von nachhaltigen Produkten,
- Gutes Leben in Ulm (Veranstaltung mit Schülerprojekten, Fotoprojekt),
- Vorträge (z.B. während eines offenen Stammtischs),
- Schriftenreihe mit verständlich aufbereiteten wissenschaftlichen Ergebnissen,
- unW-nachrichten („Nachhaltiges aus Ulm“).

Sechster Schritt: Evaluation

Die Strategiediskussion ist eine Institution des unW, in der alle Mitglieder dazu eingeladen werden, die durchgeführten und die geplanten Aktivitäten, Veranstaltungen etc. kritisch zu hinterfragen. Als Beispiel nenne ich das unW-Unternehmensgespräch. In den einzelnen Unternehmensgesprächen wurden wichtige Themen der Nachhaltigkeit vorgestellt und intensiv diskutiert (Bedeutung Nachhaltigkeit,

Öko-Audit, Öko-Marketing, Kreislaufwirtschaft, etc.). Dadurch entstand eine Vertrauensbasis, die als Grundlage für konkrete Projekte, die auch Geld kosten würden, dienen könnte. Einige Mitglieder des unw forderten, den Gesprächsprozess abzukürzen und sofort konkrete Projekte bei den Unternehmen „einzufordern“. Die Strategiediskussion lehnte dies ab, glücklicherweise, wie wir heute wissen. Die zusätzlich Schleife war wichtig für den Erfolg der jetzt laufenden Projekte (Netzwerk Donautal).

Selbstreflexion ist ein wichtiger Prozess, innehalten, für einen Moment aussteigen aus der täglichen Hetze. Gemeinderäte kennen dies unter dem Begriff der Klausurtagungen. Genau dies meint auch das „Symposium“, der unw hat zwei veranstaltet. Das erste in Bad Urach versuchte im „Bau“-Haus auf der Alb die Tradition des Bauhauses in Dessau, das lange Jahre Mitglied im unw war, und der hfg Ulm (Hochschule für Gestaltung) aufzunehmen und den unw in diese Tradition einzuordnen. Aus diesem Symposium sind die „Pflastersteine“ hervorgegangen, die dem unw neuen Schwung gegeben haben. Das zweite Symposium fand in Rotis statt, nahm die Tradition von Otl Aichers Wirkungsstätte auf und erhielt von den Umweltpsychologinnen Lenelis Kruse-Graumann und Elisabeth Kals die Anregungen für ein komplettes Handlungsmodell (Abbildung), das die unw-Strategie wesentlich befruchtete.

Und schließlich: Was kostet das alles?

Die Schätzung ist schwierig, weil der unw sich als so genannte Intermediäre Organisation vor allem aus Beiträgen und Spenden finanziert und die Aktivitäten von Ehrenamtlichen erledigt werden. Der Jahresetat des unw liegt im Schnitt bei ca. € 25.000; in 9 Jahren summiert sich das auf € 225.000. Viele Ausgaben wurden aber auch im Rahmen von Forschungsprojekten getätigt, die separat finanziert waren. Wenn die Stadt einer Initiative ein Büro zur Verfügung stellt mit einem Halbtags-Sekretariat und einigen Hilfskräften, dann ließe sich dies mit einem jährlichen Ansatz von ca. € 25.000 bewältigen. In der folgenden Tabelle 6 habe ich einen alternativen Berechnungsansatz gewählt, der davon ausgeht, dass eine Umweltbeauftragte der Stadt mit Sekretariat die Aktivitäten extern plant und durchführt.

| Schritt | Aktivitäten | Aufwand ² | geschätzte Kosten € |
|----------|------------------------|---|---------------------|
| Erster | Sinn vermitteln | Drei Dutzend Besuche, Fahrtkosten | 4.500 |
| Zweiter | Glaubwürdigkeit | Gründung, Interviews, Gespräche | 2.500 |
| Dritter | Umsetzungs-architektur | Expertengespräche, externe Beratung, Workshop | 20.000 |
| Vierter | Gerechte Lösungen | 50 Mediationsbasierte Runde Tische | 25.000 |
| Fünfter | Projekte | Ein Dutzend Projekte ³ | 5.000 |
| Sechster | Evaluation | Zwei Klausurtagungen | 10.000 |
| Summe | | | 67.000 |

Literatur

- Linz, M. (1998): Das Leitbild vom guten Leben – Was können wir tun und was könnte uns abhalten?, unw-nachrichten, Nr. 6, Dezember 1998.
- Linz, M. (2000): Wie kann geschehen, was geschehen muß? Ökologische Ethik am Beginn dieses Jahrhunderts. Wuppertal Papers Nr. 111, Dezember 2000.
- Majer, H. (1997b): Mediations-basierte Runde Tische. In: Biesecker, A., Grenzdörffer, K., Vocke, C. (Hrsg.1997): Neue institutionelle Arrangements für eine zeitgemäße Wohlfahrt, Pfaffenweiler, 1997, S. 125–142.
- Majer, H., Seydel, F. (Hrsg. 1997): Pflastersteine. Ulmer Wege zur Nachhaltigkeit, Schriftenreihe des unw, Bd. 4, Sternenfels, Berlin, 1997.

2 Diese Tätigkeiten wurden von Ehrenamtlichen des unw geplant und ausgeführt. Ich setze hier die folgenden Stundensätze an: Verantwortlicher Umsetzer 100 €/h, Sekretariat 30 €/h, Hilfskräfte 10 €/h, Berater 800 €/Tag.

3 Kostenansatz 1000 € je Projekt.

- Majer, H. (1999a): Die Ulmer Lokale Agenda 21 und der Beitrag der Wirtschaft. In: Frohn, J. (Hrsg. 1999): Bielefeld 2000plus-Forschungsprojekte zur Region, Diskussionspapier Nr. 6, Bielefeld, Juni 1999.
- Majer, H., Bauer, J., Lison, U., Weinmüller, K. (1999b): Kooperative Lösungen mit Runden Tischen. Ein Handbuch. unw, Ulm, 1999.
- Majer, H. (2001a): Eingebettete Kreislaufwirtschaft – sechs Schritte zur Industrial Ecology, Nachhaltige Unternehmensführung. In: Wruk, H.-P. (Hrsg. 1998): Ellringmann, H., Praxishandbuch Umweltschutz Management: Methoden, Werkzeuge, Lösungsbeispiele, Umsetzungshilfen, Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln, 1998, Ergänzungslieferung Juli 2001, Kapitel 6.5, S. 1–16.
- Majer, H. (2001b): Werkzeuge für die Analyse von Nachhaltigkeit. In: Susanne Hartard und Carsten Stahmer (Hrsg.): Magische Dreiecke. Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft, Bd. 2: Bewertung von Nachhaltigkeitsstrategien, Marburg 2001, S. 29–56.

Micha Hilgers

Von den Chancen nachhaltiger Politik

Die Ökologiedebatte nach dem 11. September

Nach einer kurzen Aufbruchstimmung für Umweltexperten, -politiker und engagierter Bürger ist es um Fragen von Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit eher still geworden. Paradoxerweise nachdem gerade eine rot-grüne Mehrheit nach Jahren lähmenden so genannten Reformstaus erstmals die Bundesregierung stellte, verflogen die allseitigen Hoffnungen auf eine sozial-ökologische Wende bereits im ersten Regierungsjahr der reformerisch angetretenen neuen Mehrheit. Waren immerhin zu Zeiten grüner oder roter Opposition Hoffnungen auf Reformvorhaben bei Umwelt-, Sozial-, Familien-, Gesundheits-, Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik, bei neuen Arbeitsmodellen und Ausländerrecht, Migrations- und Bildungspolitik solange gerechtfertigt, wie sich die rot-grünen Koalitionäre noch in Opposition befanden, mangelt es gegenwärtig an parlamentarischen Identifikationsfiguren und -gruppen, mit denen sich Hoffnungen auf konkrete Utopien verbinden könnten. „Der Gegenwartskanzler“ (nach einem Wort des Journalisten Richard Meng von der Frankfurter Rundschau) repräsentiert den postmodernem Mangel an politischen Konzepten und Visionen, die Aufbruchstimmung vermitteln könnten.

Bereits in den ersten Monaten der neuen Bundesregierung wurde der alte Schein-Gegensatz von Arbeit und Umwelt vom selbst ernannten Auto-Mann Schröder (vgl. Auto = griech. Selbst) wiederbelebt, um engagierte umweltpolitische wie sozial-ökologische Vorhaben einzugrenzen oder ganz abzudeckeln. Langfristig angelegte Öffentlichkeitsarbeit für nachhaltige Gesetzesvorhaben und die konsequente öffentliche Vermittlung des Nutzens solcher Projekte, z.B. bei der Energiesteuer oder aktuell beim neuen Zuwanderungsgesetz, unterblieben. Gerade in solchen Bereichen hätte man jedoch den Nutzen nachhaltiger Politik für den Alltag der Bürger und die Verbindung, nicht den Gegensatz (!), von Energieverteuerung und dem Nutzen für Sozialpolitik und Renten verdeutlichen können. Breite gesellschaftliche Debatten über eine sozial-ökologische Wende wurden insbesondere von B90/Die Grünen nicht angestoßen, so als ob ohnehin jeder wüsste, dass Zukunftsfähigkeit allen zugute kommt und daher nicht mehr beworben werden müsste.

Stattdessen war damals und ist heute Nachhaltigkeit weit weniger als 10 Prozent der Bundesbürger ein Begriff, mit dem sie etwas anfangen können – geschweige denn ein Wert, der positiv besetzt ist. Ökologische Reformvorhaben erscheinen daher erneut als zusätzliche Belastung des Bürgers – nicht jedoch als Chance für eine neue, bessere Lebensqualität. Damit wurden wichtige Chancen der Politikgestaltung durch den Mangel an offensiv geführten öffentlichen Debatten vertan. Im übrigen galt dies zum Beispiel auch für viele andere Reformvorhaben, wie etwa die doppelte Staatsangehörigkeit, die man eben nicht einfach sozusagen von oben verordnen kann. Solange sich Nachhaltigkeit bestenfalls mit dem Verbraucherschutz vor wahnsinnigen Rindern oder Restlaufzeiten von angesichts der Dauer der Zeiträume dementinell bedrohten Kernkraftwerken verbindet, kann eine bewegende und verbindende Aufbruchstimmung nicht erwartet werden.

Man vergleiche die Anfänge zweier mit vergleichbarem Reformanspruch ange tretenen Regierungen: In der Brandt-Scheel-Ära waren die Widerstände gegen eine neue Ostpolitik, gegen die Große Strafrechtsreform, Abtreibungsrecht und andere Projekte eher größer als die Proteste gegen eine sozial-ökologische Wende. Seinerzeit verliefen die Risse quer durch die deutsche Gesellschaft, die Debatten wurden mit großer Härte und massiven Affekten geführt. Aber sie wurden eben

geführt – und wenn ich sage geführt, dann meine ich, dass die damalige Koalition tatsächlich die Meinungsführerschaft durch konsequentes und stetiges Debattieren behielt.

Statt dessen erscheinen heute die quasi geborenen Widerstände gegen Nachhaltigkeit fester denn je, die sich als naive sozialpsychologische Theorie qualifizieren lassen. Ihre Hauptargumente sind:

- Menschliches Streben hat kurzfristige Gewinnmaximierung und schnellen eigenen Vorteil zum obersten Ziel
- Menschliche Wahrnehmung von Risiken, Gefahren und Chancen ist auf nahe Ziele und Personen oder Objekte beschränkt. Langfristige Ziele oder ferne andere Menschen, Gruppen oder Objekte werden nicht oder kaum wahrgenommen, ihre Bedeutung chronisch unterschätzt
- Übergeordnete Werte spielen für menschliches Handeln bestenfalls eine untergeordnete Rolle
- Individuelle Selbstverwirklichung, Spaß und Unbeschwertheit sind Hauptlebensziele des Einzelnen
- Selbsterhaltung und allenfalls die Erhaltung der am nächsten stehenden Personen ist oberste Prämisse allen menschlichen Handelns
- Alle menschlichen Werte ordnen sich den vorgenannten Prämissen unter

Diese naiven sozialpsychologischen Theoreme zeichnen sich durch zwei Merkmale aus: Sie sind sehr übersichtlich. Und sie sind falsch.

Die Logik des Terrors des 11. Septembers

Mit grimmiger Ironie widerlegen gerade die Terrorakte vom 11. September 2001 solche hedonistischen Modelle menschlicher Motivation.

Unmittelbar augenfällig wird, dass Menschen bereit sind, ihr Leben gegen eine subjektiv wahrgenommene Ungerechtigkeit zu opfern.

Sie tun dies in dem Glauben für höhere individuelle und kollektive Werte und für eine Gemeinschaft derer, die sich vom Unrecht getroffen fühlen und daher konsequenterweise den Tätern millionenfach nach den Anschlägen zujubelte.

Dabei spielt nur eine untergeordnete Rolle, dass die Köpfe der Anschläge vermutlich in der Mehrheit wohlhabende Intellektuelle waren. Von entscheidender Bedeutung ist vielmehr das Fanal, welches von den Attacken ausgeht und dass das Wertempfinden der verarmten Millionen in der Dritten Welt befriedigt.

Die Wiedereinsetzung einer subjektiven Gerechtigkeit gegen das schreiende Unrecht massenhafter Verelendung und gegen einen scheinbar übermächtigen und für alles Böse verantwortlichen Gegner wiegt den Tätern und ihren Sympathisanten schwerer als materielle Güter oder sogar als die blanke Existenz.

Mithin: Es ist das Gefühl gedemütigter Würde, das daraus entstehende Ressentiment (nämlich der kollektiv geteilte Eindruck, massivem Unrecht ohnmächtig ausgesetzt zu sein und daher das Recht auf Rache zu besitzen), das zur Triebfeder enormer Anstrengungen und Opfer werden kann.

Nicht die konkretistische Verwirklichung materiellen Wohlstands oder Vorteils, der individuellen Gewinnmaximierung oder die Sorge um die buchstäblich Nächsten ist alleinige Motivation menschlichen Handelns. Sinngebend und motivierend kann vielmehr eine übergeordnete, weniger konkrete Maximierung persönlichen Gewinns werden:

Selbstmordanschläge und Terror führen uns vor Augen, was in allen Zeiten ein Gegengewicht zu hedonistischen, instrumentellen Bestrebungen der Gewinnmaximierung oder der Anhäufung materieller Güter war. Erst wenn wir verstehen, dass Selbsterhaltung durchaus auch die Aufgabe des persönlichen Lebens zugunsten einer Gerechtigkeitsempfindung bedeuten kann, dass der Gewinn keineswegs ausschließlich im bloß Materiellen liegen muss, haben wir die Maxime menschlichen Handelns in seiner vollen Bandbreite und Variabilität verstanden. Erst wenn die Erhaltung des Selbst und der Gruppe auch die nicht-materiellen Motive von Sinn, Gerechtigkeit, von Kontinuität des Eigenen und individuelle wie kollektive Werte umfasst, werden Rebellion, Auflehnung, Revolution, Erneuerung oder auch Terror erst verständlich.

Wenn es nicht das Bedürfnis nach Innovation und Erneuerung, nach Expansion und Sinnfindung gäbe, säßen wir alle noch auf den Bäumen der Urzeit und es hätte niemals evolutionäre Prozesse gegeben. Konservative Bestrebungen nach Erhalt und Sicherheit wie umgekehrt innovative Motivation nach Erneuerung,

nach Befriedigung von Neugier und Selbstverwirklichung durch Gerechtigkeit, Fairness, Austausch und Respekt vor der Würde bestimmen antagonistisch und doch gleichermaßen menschliches Handeln und Erleben.

Somit sind die Anschläge vom 11. September ein zwar menschenverachtender und grausamer, aber dennoch wirksamer Hinweis auf Verelendungsprozesse, die den internationalen Terror erst zu seiner gegenwärtigen Stärke führten. Oder: Der Terror ist der emotionale Notausgang der Habenichtse und Ohnmächtigen aus ihrer Hilflosigkeit und Verelendung, ihrer Wut und ungerechten Lage. Aus der Verzweiflung geborene Ressentiments können sich mit der Hoffnung auf bessere Welten verbinden, die eventuell nur durch massive Gewaltakte verwirklicht werden können.

Um diese Habenichtse und Ohnmächtigen hat sich die Umweltdebatte sträflich wenig gekümmert, ihre Relevanz haben Modelle der Nachhaltigkeit jedenfalls einer breiteren Öffentlichkeit viel zu wenig vermittelt.

Die Bin Laden und seiner Organisation jubelnden Massen weisen diese immense Bedeutung der Gerechtigkeitslücke auf; nicht zuletzt für Konzepte globaler Nachhaltigkeit. Denn tatsächlich werden lokale Agendas hierzulande meist als bloß umweltschützende Handlungsanweisungen missverstanden. Die Aussagen zu Wohnen, Arbeit, Integration und Migration, kurz zu sozialen Fragen künftigen Zusammenlebens werden fast immer völlig ignoriert.

Die neuen sozialen Bewegungen

Dieses Vakuum einer auf bloßen Umwelterhalt missverstandenen Nachhaltigkeitsdebatte, die national zu kurzfristiger Abschottungs- und Machbarkeitspolitik führt, besetzen neuerdings NGO's, neue sozialökologische Bewegungen wie Attac oder Vernetzungen Intellektueller wie in Frankreich. Damit wiederholt sich die Geburtsstunde der ehemaligen grünen Bewegung. Denn der Mangel an parlamentarischen Repräsentanten einer global orientierten, aber durchaus lokal handelnden und Kompetenz vermittelnden Politik, bietet umgekehrt eine zweite Chance für mehr direkte Demokratie, Nachhaltigkeit, Friedenspolitik und Gerechtigkeit. Wiederum von lokalen oder nationalen Initiativen ausgehend, for-

mieren sich gegenwärtig Widerstand und Ansätze neuer politischer Konzepte von unten. Heute jedoch sind diese Bewegungen international vernetzt, sie treten sozusagen als globalisierte sozial-ökologische Kräfte auf. Und ebenfalls im Unterschied zur politischen Konstellation der siebziger und achtziger Jahre erklären sich Teile der Gewerkschaftsbewegung mit den Zielen der Globalisierungsgegner solidarisch. Der alte Gegensatz zwischen angeblichem Arbeitsplatzzerfall in der ersten Welt und globaler sozial-ökologischer Gerechtigkeit könnte in einem zweiten Anlauf eher überwunden werden.

Vorstellbarkeit künftiger Welten

Die Alarmreaktionen westlicher Staaten angesichts des Terrors und die bereitwillige so genannte uneingeschränkte Solidarität gegenüber den USA, die sich in submissiven Liegestützen hiesiger Politiker dokumentiert, beweisen: Die Bedrohung westlicher Länder und ihrer Bürger durch die aus Ungerechtigkeit und massenhafter Verelendung resultierenden Terroranschläge ist für breite Bevölkerungskreise unmittelbar vorstellbar geworden. Der Zusammenhang zwischen Nah-Ost-Konflikt und fundamentalistisch-totalitären Doktrinen auf Seiten aller Konfliktparteien wird unmittelbar nachvollziehbar. Im Unterschied zu den eher abstrakten vergangenen Debatten über die Notwendigkeit einer gerechten Dritte-Welt-Politik werden heute die weltweiten Folgen sozialer Verelendung und ökologischer Bedrohung durch den direkten und globalen Import dieser Krisen aus den entferntesten Ecken dieser Welt erschreckend sichtbar. Auf die Bildschirme kommen Bilder von Opfern, von denen man sich nicht mehr distanzieren, sondern mit denen man sich unmittelbar auf Grund ihrer sozialen Nähe identifizieren muss.

Damit ist die Notwendigkeit globalen Denkens von Nachhaltigkeit bei Strafe der Regression auf Gewalt, Terror und Totalitarismus aus den vormals fernen Ländern unmittelbar vor unser aller Haustür transportiert. Umgekehrt zeigen sich ähnliche sozialpsychologische Erosionsprozesse auch hierzulande: Die Vernachlässigung der sozialen Aspekte lokaler Agendas zeigt sich in totalitären Mustern in der Bundesrepublik, wenn gewaltbereite rechte Gruppen weitgehend ungehindert

ihre jeweiligen Feindgruppen attackieren: Rechte Gewalt ist die rückwärts-gewandte Antwort auf Globalisierung und soziale Erosionsprozesse in den europäischen Kernländern.

Chancen nachhaltiger Politik

Mithin: Die globalen Konflikte haben uns erreicht, ihre Folgen für jedermann sind vorstellbar geworden. Doch dies könnte umgekehrt auch für eine neue sozial-ökologische Politik gelten: Bei ihrer Umsetzung wird es darauf ankommen, die zahlreichen und bisher versprengten Quellen der Empörung über soziale Misere, absehbare (und damit vorstellbare) persönliche wie kollektive Einbußen bei Arbeit, Renten, Gesundheitspolitik, der Wirklichkeit unserer Städte und der Qualität unserer Freizeit, also des Zusammenlebens schlechthin in verbindende Politikkonzepte zu verwandeln. Denn die Empörung kann sich sowohl in zynische Resignation, Ressentiments (zum Beispiel angesichts der anhaltenden Parteienskandale) und Fremdenfeindlichkeit verwandeln oder in den wachsenden politischen Willen, sich nicht mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden.

Wenn engagierte Menschen den Eindruck gewinnen, etwas politisch bewegen zu können, machen sie nicht nur wichtige Kompetenzerfahrungen, die für dauerhaftes politisches Arbeiten von so immenser Bedeutung sind. Vielmehr erleben sie darüber hinaus verbindende Sinnerfahrungen, die die bloße hedonistische und konkretistische Lust an Konsum und Spaß bei weitem übersteigt: In gemeinsamer Sinnerfahrung erleben sie Verbundenheit, Solidarität und Eingebundensein nicht nur mit und in ihrem unmittelbarem Kreis, sondern darüber hinaus mit ihnen bisher unbekanntem Menschen, mit denen sie sich vernetzen. Die viel gescholtene Globalisierung ermöglicht auch den emanzipatorischen Kontakt mit Personen und Gruppen zwischen erster und dritter Welt, die sich bisher fern und fremd blieben.

Damit wird die globale „Eine Welt“ vorstellbarer – unabdingbare Voraussetzung für politisches Denken jenseits der lokalen Scholle. Folgen eigenen Handelns und damit auch Engagements vermitteln sich den Akteuren unmittelbarer. Dies

entzieht dem Argument, Menschen könnten nur in ihrem unmittelbaren Nahbereich Solidarität erleben und daraus Handlungsmotivation schöpfen, seine Grundlage. Vielmehr rücken durch die neuen Vernetzungsmöglichkeiten von Internet und e-mail, themenzentrierten Chat-Listen oder raschen Benachrichtigungssystemen erste und dritte Welt in den persönlichen Erlebnisbereich moderner Kommunikation. Internationaler Terror und neuer Totalitarismus finden ihr Gegengewicht in den emanzipatorischen Möglichkeiten globalisierten Engagements der international aufkommenden sozialen Bewegungen.

Tatsächlich zeigt sich in der jüngsten Shell-Jugend-Studie ein neuer Trend, der eine Abkehr vom bisherigen Rückzug ins Private mit hedonistischen Zielen unterstreicht. Das konkretistische Missverständnis, Selbsterhaltung und Glück auf instrumentelle Lebensformen zu reduzieren, erfährt eine Umkehrung: Die Verwirklichung von Berufsplänen mit dem gleichzeitigen Wunsch nach dauerhaften Beziehungen und eigenen Kindern, paart sich mit wachsender Bereitschaft, sich für nachvollziehbare soziale Ziele zu engagieren. Dies sind Wertvorstellungen und Lebensentwürfe, die das viel beschworene „Zeitalter des Narzismus“ (vgl. Christopher Lasch) ablösen könnten. Dieser neue Trend könnte die bisherige Orientierung an der so genannten Spaßgesellschaft ablösen: Wenn Jugendliche und junge Erwachsene den Wert von Beziehung und Bindung, Dauerhaftigkeit (ein altes Ziel der Nachhaltigkeitsdebatte) und Verbundenheit betonen, diese Werte aber im Zeitalter internationaler Vernetzung nicht mehr auf die lokale Scholle begrenzt sind, wird dies die internationalen Bewegungen für sozial-ökologische Gerechtigkeit unterstützen können – freilich ohne dass dieser Trend in den verquastenen Begrifflichkeiten der siebziger und achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts daherkommt.

Mithin: Wir stehen am Beginn einer Trendwende sozial-ökologischer Bewegungen und individueller Handlungsbereitschaften. NGO's, Globalisierungsgegner, Attac und Teile der Gewerkschaftsbewegung bilden die Vorhut einer sich erst am Horizont abzeichnenden internationalen politischen Bewegung. Denn „nicht die Globalisierung an sich ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie sie umgesetzt wird“ (Michael Müller in der FR vom 26.3.2002). Auch Müller macht zu Recht auf die grundsätzliche Ambivalenz der politischen Perspektive

aufmerksam: Die Folgen der Globalisierung können sowohl zu emanzipatorischer Vernetzung als auch zu Abschottung und Fremdenfeindlichkeit führen.

Allerdings wird es darauf ankommen, Konzepte von globaler Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit so zu vermitteln, dass der Gewinn an persönlicher Lebensqualität, die sich nicht nur in materiellen Gütern, sondern auch in Sinnhaftigkeit, Bindung und Handlungs- und Einflussmöglichkeiten des Einzelnen festmacht, erkennbar wird. Nicht etwa moralistische Argumente wie in der Vergangenheit der Ökologie-Debatte oder gegenwärtig im Erstarken fundamentalistisch-totalitärer Strömungen, sondern der rationale Verweis auf vorstellbare Alternativen überzeugen. Die Gratwanderung besteht in einer Vermeidung fundamentalistischer Verurteilungen Andersdenkender (man denke an den weltweiten Erfolg totalitärer religiöser Strömungen) einerseits und der blutleeren Darstellung zweckrationaler Modelle, die die Herzen der Adressaten nicht erreichen. Menschen engagieren sich, wenn es etwas zu gewinnen gibt, auch jenseits rascher materieller Vorteile, wenn sie das Gefühl haben, etwas bewegen zu können, sie sich verbinden und verbünden können und in der gefundenen Wertegemeinschaft Sinn finden – und neue Freunde.

Vor allem aber, sie arbeiten dauerhaft und nachhaltig an der Zukunftsgestaltung, wenn sie mit ihren Projekten Hoffnung verbinden. In den Worten Ernst Blochs: „Es kommt darauf an das Hoffen zu lernen. Seine Arbeit entsagt nicht, sie ist ins Gelingen verliebt statt ins Scheitern. Hoffen, über dem Fürchten gelegen, ist weder passiv wie dieses, noch gar in ein Nichts gesperrt. Der Affekt des Hoffens geht aus sich heraus, macht die Menschen weit, statt sie zu verengen, kann gar nicht genug von dem wissen, was sie inwendig gezielt macht, was ihnen auswendig verbündet sein mag.“

Uta von Winterfeld

Kleine Erzählung von der Schönheit der Natur

Zum Symposium für Manfred Linz am 15. März 2002, welches sich mit der Frage „Wie kann geschehen, was geschehen muss?“ befasst hat und für das eigentlich ein Vortrag „Auf dem Wege zu einer Ästhetik der Nachhaltigkeit“ vorgesehen war, der aber ausfiel und an dessen Stelle unter anderem die folgende Erzählung getreten ist.

Wir befinden uns mitten auf dem Weg zu einer Ästhetik der Nachhaltigkeit – eine Ästhetik, welche, wie vielleicht zu spüren ist, nicht unbedingt visuell sein muss. Ein Weg, der Unvorhergesehenes und Überraschungen birgt, der jetzt von der Ästhetik zur Schönheit und von der Nachhaltigkeit zur Natur führt und in eine kleine Erzählung mündet – von der Schönheit der Natur.

Sie geht aus von einem Satz, den ich bei Giordano Bruno gefunden habe, welcher ihn 1582 als unbekanntes Dichterzitat in einem seiner Texte nennt:

„Per tanto variar natura è bella.“

Weil sie in ständiger Veränderung begriffen ist, immer wieder neue Gestalten annimmt und sich aus sich heraus wandelt – deshalb ist Natur schön.

Das ist ein starkes Stück, ein Stückchen Renaissance-Philosophie, das da aufblitzt, zwischen Antike und Neuzeit, wo die Natur nicht in dieser Weise schön sein

kann. Und schon gar nicht darf sie schön sein, weil sie sich vielfach und ständig verändert. Wo kämen wir denn da hin? Schön ist das Gute, das Göttliche, das Höhere, das Geistige, das Vollkommene, das *Un*veränderliche. Hässlich ist das Schlechte, das Irdische, das Niedere, das Natürliche, das Unvollkommene, wo ständig Mangel herrscht.

Und so hört sich die Geschichte von Eros, dem natürlich-göttlichen Mischwesen, im „Symposion“ von Platon an:

„Als Sohn des Poros und der Penia steht Eros unter folgendem Geschick: erstens ist er immer bedürftig, und es fehlt viel daran, dass er glatt sei und schön, wie die Vielen glauben, sondern hart und rau und barfüßig und heimatlos, immer auf dem Boden ruhend, ohne Decke, vor Türen und auf Straßen im Freien schlafend, da er die Natur der Mutter hat, immer mit der Bedürftigkeit verbunden. Wie der Vater aber stellt er den Schönen und Guten nach, tapfer und verwegen und eifrig, ein gewaltiger Jäger, allezeit Pläne schmiedend, nach Erkenntnis begierig und erfinderisch, philosophierend sein ganzes Leben, ein gewaltiger Zauberer, Giftmischer und Überredungskünstler, und weder als Unsterblicher ist er geartet noch als Sterblicher, sondern bald blüht er an demselben Tag auf und lebt, wenn es ihm gutgeht, bald aber stirbt er dahin. Und wieder lebt er auf durch die Natur des Vaters ...“

So, so, so. Die bedürftige Natur der Mutter also, während die Natur des Vaters dem Schönen und Guten nachstellt. Das Schöne bei Platon ist eines:

„... das nicht bedeckt ist mit menschlichem Fleisch und Farben und vielem anderen sterblichen Zeug, ...“

Diese Vorstellung ist nicht etwa mit Platon gestorben, ist nicht mit der griechischen Antike untergegangen, sondern sie hat das abendländische – auch das christliche – Denken geprägt und durchzieht es bis heute.

Und da kommt einer mit einem Dichterzitat und behauptet, die Natur sei schön, aus sich heraus und aufgrund ihrer ständigen Veränderungen und der vielfältigen Gestalten, die sie im zeitlichen Prozess des Werdens und Vergehens annimmt?

Au weia. Das kann nicht gutgehen.

Ach, er ist auch so unvorsichtig, dieser Giordano Bruno, der die Schönheit vom Himmel auf die Erde holt und das Denken über Natur als Niederes kräftig

verspottet. In seinem Dialog „Von der Ursache, dem Prinzip und dem Einen“ lässt er den Poliinnio auftreten. Ein Pedant und Frauenhasser, welcher die Philosophie seiner Zeit vertritt und sich damit kräftig blamiert. Poliinnio schimpft – auf das Weib und auf die Materie. Er spricht von Unersättlichkeit und Chaos, von der Sünde Grund, von Nichtswürdigkeit, Hinfälligkeit und Betrug. Vortreffliche Philosophen und „scharfsinnige Zergliederer der Eingeweide der Natur“ haben folgende Analogie gefunden, um das Wesen der Materie darzulegen:

„... dass der Zustand der Natur durch Einwirkung der Materie derselbe ist, wie der wirtschaftliche, politische und bürgerliche es ist durch das Gezücht der Weiber.“

Der Appetitum von Weib und Materie sind die Ursache allen Leidens. Würde sich die Materie mit der Form begnügen, so gäbe es kein Leiden und keinen Tod. Alles wäre einmalig, vollkommen, ewig, schön.

Aber ach, selbst der nicht zur Zunft der Gelehrten gehörende Gervasio hält dem so klug redenden Pedanten entgegen, dass es ihn selbst, den Poliinnio, gar nicht geben würde, wenn sich die Materie vor, sagen wir fünfzig Jahren, mit der Form begnügt hätte, die sie damals hatte. Es ist doch der Wille der Natur, dass alle Formen allen weichen.

Und in diesem Wandel der Gestalten liegt nicht Chaos und Sünde – nein, sondern Schönheit. *Per tanto variat natura è bella.*

Nein, das kann nicht gut gehen. Wo bleibt da das Streben zum Höheren, wo bleibt die Gottesfurcht – ja, wenn Menschen Teil einer göttlich-schönen, sich aus sich selbst heraus gestaltenden, eingeborenen Natur wären, dann wären sie ja vielleicht nicht einmal im christlichen Sinne erlösungsbedürftig.

Nein es geht wirklich nicht. Und schon gar nicht im sechzehnten Jahrhundert. Doch das siebzehnte Jahrhundert naht. Man trägt das Holz auf dem Campo dei Fiori zusammen, lässt Giordano Bruno und seine Philosophie in Flammen aufgehen – und lauscht im noch rauchgeschwängerten Wind auf die zu raunen beginnenden Stimmen der Neuzeit.

Schönheit? Ach was. Kommt doch alles darauf an, die Natur den menschlichen Anliegen und Vorteilen gehorsam zu machen. Regiert werden muss die Natur, nicht bewundert. So die mächtige Stimme eines philosophierenden Lordkanzlers

im mächtigen England: Francis Bacon. Schönheit? Lebendige, leibliche, organische Schönheit? Ach was. Schön ist das Göttliche, schön ist nicht die von Gott geordnete und nach mechanischen Gesetzen funktionierende Natur, sondern schön ist die Ordnung der Natur, der Mechanismus. Und der Mensch, der einen geistig-göttlichen Funken in sich trägt, kann die von Gott in die Natur gelegten, mechanischen Gesetze erkennen und sich so zum maître et possesseur de la nature erheben, zum Meister über und Besitzer von Natur. So der französische Mechanist und Früh-Aufklärer René Descartes.

So, so, so. – Und was haben wir davon?

Ich meine, was heißt das für heute, was heißt das für Ästhetik, für Nachhaltigkeit und vor allem für die Frage: Wie kann geschehen, was geschehen *muss*? In Näherung an mögliche Antworten beziehe ich mich auf die Möglichkeit des „kann“ – nicht auf die Dringlichkeit des „muss“.

Wenn nun der Natur die Schönheit vor lauter Regiert-Werden abhanden gekommen ist – und wenn die Ästhetik nicht in der Berechnung von Quantitäten einer als Ressource – sei sie tot oder lebendig – gedachten Natur aufgeht – vielleicht wäre dann Nachhaltigkeit etwas anderes als das effizient-perfekt gedachte, klügere Beherrschungs-Modell einer weltweit homogen zugerichteten und womöglich sogar „gerecht verteilten“ Natur? Vielleicht läge in der Ästhetik von Nachhaltigkeit auch ein Element des Sein-lassen-Könnens – sein lassen von Natur, der wir angehören und die doch etwas anderes ist als wir – sein lassen können des anderen – als anderes?

Ach du meine Güte.

Das dürfte uns schwerfallen. Uns, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – und besonders den Managern und Managerinnen unter uns.

Aber – ist nicht Schönheit *auch* das Unerwartete, das, was wir nicht gemacht und kalkuliert haben, das, was sich unserer Kontrolle entzieht – und von sich aus auf uns zukommen kann?



*Die Beiträge führen zu Fragen, Einsprüchen, ent- und gespannte Aufmerksamkeit.
Bildmitte unten: die Referenten Helge Majer und Jürgen Wittpoth.*





*Für das Institut gratuliert
Maryse Boitte Biermann.*




*Von der Schönheit der Natur
erzählt Uta von Winterfeld.*

*Unten: Aus dem Büro von
gegenüber – Renate Jungkeit
berichtet, was ihr der „Kollege“
Manfred für ihre Abeit be-
deutet.*

*Klassisch-musikalische Einlage
der Wissenschaftler Karl-Otto
Schallaböck und Esther Geiß.*





Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt,
Energie GmbH
Postfach 100480
42004 Wuppertal

www.wupperinst.org

ISBN 3-929944-57-X